

Die britische Einstellung zum Europäischen Gemeinsamen Markt und zur Freihandelszone

Von Richard Bailey, London

Richard Bailey ist der Direktor des „Political and Economic Planning“ (PEP), eines 1931 gegründeten unabhängigen britischen Forschungsinstituts. Der nachfolgende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Diskussionsbeitrages, den Mr. Bailey am 26. April 1957 in Frankfurt am Main anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung der Deutschen Gruppe der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES) und der Deutschen Gruppe der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) gegeben hat.

Großbritannien und Europa

Man muß sich darüber klar sein, daß die Teilnahme an der europäischen Integrationsbewegung für Großbritannien eine völlig neue Politik bedeutet. So verwunderlich es auch erscheinen mag: Großbritannien hat sich selbst nie als Teil Europas angesehen. Die Tatsache, daß wir vom europäischen Festland durch die See getrennt sind, übte stets einen tiefen psychologischen Einfluß auf unsere Haltung gegenüber einem engeren Anschluß an Europa aus.

Trotzdem ist diese Einstellung in Wandlung begriffen. Während der letzten zwölf Jahre hat Großbritannien bei der Errichtung verschiedener westeuropäischer Organisationen eine führende Rolle gespielt. Aber die britische Teilnahme hat nicht alle Integrationsformen gleichmäßig bevorzugt. Zwischenstaatliche Körperschaften wie die OEEC und die NATO wurden von Regierung und Opposition gleichmäßig in vollem Maße unterstützt; das gleiche gilt für interparlamentarische Körperschaften wie den Europarat. Aber man wird sich erinnern, daß Großbritannien 1950 der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nicht beitrug.

Als fünf Jahre später die Vorschläge der Konferenz von Messina bekannt wurden, herrschte zuerst die gleiche Einstellung vorsichtiger Zurückhaltung. Erst im letzten Jahr, als der Plan eines gemeinsamen Marktes sich seiner Verwirklichung näherte, wurde das britische Interesse wach. Ueber den einzuschlagenden Weg wurden drei Möglichkeiten diskutiert: 1. den gemeinsamen Markt vollständig zu ignorieren; 2. sich ihm anzuschließen und 3. einen Weg zu finden, sich ihm durch eine Freihandelszone zu assoziieren.

Ignorierung des gemeinsamen Marktes

Vom verwaltungstechnischen Standpunkt wäre die einfachste Entscheidung für Großbritannien gewesen, gar nichts zu tun. Aber ganz abgesehen von der politischen Bedeutung einer engen Fühlungnahme mit den Entwicklungen in Europa konnte sich Großbritannien eine solche Politik aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten. Ungefähr ein Viertel unseres Exports geht nach Westeuropa, ungefähr ein Achtel allein nach den Messina-Staaten. Durch die Beseitigung der Binnenzölle werden die weiteren Exportmöglichkeiten Großbritanniens nach den sechs Ländern offensichtlich schwer getroffen.

In weiterer Sicht muß auch der Wechsel in der Struktur des Handels erwogen werden. Die alte Methode des Austausches von Fertigwaren gegen Rohstoffe ist jetzt hinfällig geworden. Die Industriegebiete wachsen ständig in ihrer Anziehungskraft als Märkte für die gegenseitigen Erzeugnisse. Und der westeuropäische Markt wächst heute am schnellsten von allen Märkten der Welt.

Volle Mitgliedschaft im gemeinsamen Markt

Die zweite Möglichkeit, volle Mitgliedschaft im gemeinsamen Markt, wurde aus zwei Hauptgründen verworfen. Einmal würde die Mitgliedschaft im gemeinsamen Markt Schwierigkeiten für Großbritannien gegenüber den Commonwealthländern ergeben. Als Hüter der Gold- und Dollarreserven des Sterlingblocks kann Großbritannien seine Politik nicht nur im Hinblick auf seine Handelsposition verfolgen. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre es unmöglich, einem System beizutreten, das Großbritannien nicht die Möglichkeit ließe, die Sterlingzahlungen zu kontrollieren.

Zum anderen ergeben sich Bedenken aus der Handelsposition Großbritanniens im Commonwealth. Zur Zeit genießt etwa die Hälfte des britischen Exports in das Commonwealth Zollvergünstigungen, umgekehrt 55 vH des Exports aus dem Commonwealth nach Großbritannien. Im Durchschnitt beträgt die Vorzugsspanne in beiden Richtungen etwa 6 vH. Die Vorteile, die der britische Export genießt, sind nicht erheblich und jedenfalls erheblich geringer als vor zwanzig Jahren. Trotzdem sind sie für einige Industrien auf manchen Märkten immer noch wertvoll. Wenn Großbritannien ohne Einschränkungen Mitglied des gemeinsamen europäischen Marktes würde, bedeutete das den Wegfall der Vergünstigungen für das Commonwealth im Gegensatz zu europäischen Erzeugnissen. Tatsächlich würde wahrscheinlich in einigen Fällen der gemeinsame Außenzoll so festgelegt werden, daß Erzeugnisse des Commonwealth, die bisher zollfrei eingeführt wurden, mit Zoll belegt würden, während entsprechende europäische Erzeugnisse zollfrei blieben. Eine solche Situation wäre politisch nicht annehmbar. Das Weißbuch CmnD. 72 vom Februar 1957 sagt:

„Es gibt jedoch gewichtige Gründe, aus denen das Vereinigte Königreich nicht Mitglied einer solchen Union werden kann. Sie erwachsen vor allem aus den Interessen und Verantwortlichkeiten des Vereinigten Königreichs im Commonwealth. Träte das Vereinigte Königreich der Zoll- und Wirtschaftsunion bei, so würde der Zolltarif des Vereinigten Königreichs durch einen gemeinsamen Tarif mit den anderen Mitgliedstaaten gegen die übrige Welt ersetzt. Das würde bedeuten, daß für aus dem Commonwealth in das Vereinigte Königreich eingeführte Waren der gleiche Zoll gezahlt werden müßte wie für Waren aus irgendeinem dritten Land, das nicht Mitglied der Zoll- und Wirtschaftsunion ist, während Waren aus dem Bereich der Union zollfrei eingeführt werden könnten. Die Regierung Ihrer Majestät kann nicht in Betracht ziehen, Abkommen beizutreten, die es dem Vereinigten Königreich grundsätzlich unmöglich machen würden, Importe aus dem Commonwealth zumindest ebenso günstig zu behandeln wie Importe aus Europa.“

Die Freihandelszone

Der dritte mögliche Weg für Großbritannien war, sich mit dem gemeinsamen Markt durch eine Freihandelszone zu assoziieren. Dieser Weg wurde gewählt. In dem Weißbuch wurde die Haltung der Regierung zu dieser Lösung folgendermaßen dargestellt:

„Die Möglichkeit einer solchen Assoziierung ist von der Arbeitsgruppe 17 des Rates geprüft worden. Die Regierung Ihrer Majestät schließt sich den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe in dem Glauben an, daß der Beitritt zu einer Freihandelszone für das Vereinigte Königreich und viele andere OEEC-Staaten einschließlich der Länder, die eine Zoll- und Wirtschaftsunion schaffen wollen, voll annehmbar ist. Die Mitglieder dieser Freihandelszone würden für ihre Erzeugnisse Schutzzölle und andere beschränkende Handelsmaßnahmen einschließlich mengen-

mäßiger Beschränkungen wegfallen lassen. Es bliebe ihnen überlassen, auf Importe aus Gebieten außerhalb der Freihandelszone ihre eigenen, getrennten und verschieden hohen Zölle zu erheben; nur die Staaten, die gleichzeitig Mitglieder der Zoll- und Wirtschaftsunion sind, würden einen gemeinsamen Außenzoll erheben. Die Staaten könnten die Höhe dieser Zölle gemäß internationalen Vereinbarungen, an die sie jeweils gebunden sind, verändern.

Die Regierung Ihrer Majestät hat dieses Problem geprüft und ist zu dem Schluß gekommen, daß eine Freihandelszone in Europa errichtet werden könnte, falls Lebensmittel aus ihrem Bereich ausgenommen werden.“

Der Ausschluß der Agrarprodukte ist vorgesehen, weil die Mehrzahl der Begünstigungen auf ihnen sowie auf Rohstoffen liegen. Die Freihandelszonen-Lösung bewahrt die Vorzugszölle des Commonwealth. Sie hat in britischen Augen überdies den Vorteil, daß sie sich der OEEC bedienen kann, statt neue Institutionen mit internationalen Funktionen und Befugnissen zu errichten.

Der Vorschlag einer Freihandelszone ist wahrscheinlich in großen Zügen gut bekannt. Die Zölle zwischen den Mitgliedstaaten sollen durch gleiche oder ähnliche Vereinbarungen innerhalb der Freihandelszone und dem gemeinsamen Markt vermindert werden. Um das Weißbuch zu zitieren:

„Der Regierung Ihrer Majestät schwebt als Ziel vor, klare und eindeutige Regeln aufzustellen, damit die Industrie in jedem Land ihre Produktion und ihre Investitionen in Kenntnis der Zölle anderer Staaten und der preislichen Stellung von Importen auf dem eigenen Markt planen kann.“

Mengenmäßige Importbeschränkungen sollen innerhalb der Freihandelszone und dem gemeinsamen Markt auf die gleiche Weise, durch „fortschreitende jährliche Verstärkung in Verbindung mit einem Programm für den völligen Wegfall mengenmäßiger Beschränkungen innerhalb der Freihandelszone während der für die Zollherabsetzung vorgesehenen Zeit“, beseitigt werden. Das Weißbuch stellt fest, daß Ausweichklauseln „eine so ernste Verletzung der eingegangenen Verpflichtungen“ mit sich bringen, daß sie nur möglichst selten in Anspruch genommen werden sollten, „wahrscheinlich nur bei äußerst ernststen Zahlungsschwierigkeiten“.

„Es versteht sich, daß bei akuten Zahlungsschwierigkeiten die Einführung von Quoten gestattet sein muß, und zwar ohne vorherige Konsultation, sie sollten allerdings häufiger und strenger Prüfung unterworfen werden. Davon abgesehen, ist es unwahrscheinlich, daß Umstände eintreten werden, die eine einseitige Aktion rechtfertigen. Falls andere Fälle als akute Zahlungsschwierigkeiten auftreten, sollte vorherige Konsultation und darauf folgende häufige Prüfung die Regel sein.“

Technische Probleme, die in dem Weißbuch besonders erwähnt werden, sind die Ausarbeitung von Wettbewerbsregeln, die Handhabung privater Monopole und die Definition des Ursprungs der Erzeugnisse. Was die Institutionen angeht, glaubt die bri-

tische Regierung, daß die Freihandelszone innerhalb der OEEC errichtet werden sollte, wenngleich „einige Abweichungen von der Regel der Einstimmigkeit nötig sein werden“.

Die Ansicht der Labour Party

Ich habe ausführlich die Haltung der britischen Regierung behandelt. Was sagt nun die Opposition, die britische Labour Party? Die Debatte im Unterhaus am 26. November 1956 enthüllte keine schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien. Harold Wilson begrüßte für die Labour Party den Plan.

Jetzt möchte ich zu der Haltung der Industrie — sowohl der Unternehmer wie der Gewerkschaften — übergehen und schließlich mich der Reaktion von Presse und Öffentlichkeit zuwenden.

Die Haltung der Industrie

In den letzten sechs Monaten wurde der gemeinsame Markt in der Industrie stark diskutiert. Die Federation of British Industries hat zwei Berichte veröffentlicht, welche die Ansichten ihrer Mitgliedsfirmen wiedergeben. Der erste, der am 31. Oktober 1956 veröffentlicht wurde, behandelt die einzelnen Probleme. Acht Hauptpunkte wurden aufgeworfen:

1. Wenn der teilweise Verlust der Präferenzen durch das Commonwealth zu einer Schwächung der reziproken Präferenzen für Exporte des Vereinigten Königreiches führen sollte, wäre dies ein wichtiger Grund, nicht der Freihandelszone beizutreten.

2. In bezug auf Dumping und unlautere Wettbewerbsmaßnahmen sind strenge Regeln erforderlich.

3. Andere Hindernisse eines freien Güterverkehrs als Zölle, beispielsweise Quoten, Subventionen, Registrierungsmaßnahmen und ungewöhnliche Bestimmung bezüglich Patenten und Warenzeichen, sollten sorgfältig überprüft werden.

4. Besonders wichtig ist es, für eine größtmögliche Liberalisierung der Zahlungen und Kapitalbewegungen zu sorgen.

5. Was die Besteuerung angeht, darf die britische Industrie nicht schlechter gestellt sein als ihre Konkurrenten. Die erlaubten Abschreibungsquoten für Fabrikanlagen dürfen für die britische Industrie nicht ungünstiger sein.

6. Die Lohnkosten einschließlich absoluter Lohnhöhe, Arbeitsstundenzahl, bezahlten Urlaubs und Sozialleistungen sind in einigen der sechs Länder niedriger als im Vereinigten Königreich. Dies könnte, falls nicht eine Angleichung stattfindet, die Wettbewerbsposition des Vereinigten Königreiches gefährden.

7. Exportabschlüsse britischer Fabrikanten dürfen vom Gesetz nicht schlechter behandelt werden

als entsprechende Abschlüsse von Firmen in Mitgliedstaaten des gemeinsamen Marktes.

8. Die strategisch wichtigen Industrien, die unter Schutzzöllen aufgebaut wurden, müssen gesondert behandelt werden.

Die Unternehmen, die einem Eintritt Großbritanniens in die Freihandelszone widersprachen, führten folgende Gründe an:

a) Sie fürchten, daß der Heimatmarkt überflutet wird, ohne daß dem Vorteile entsprechen.

b) Sie ziehen in Erwägung, daß andere europäische Länder natürliche Vorteile genießen, die nicht durch Produktionssteigerungen wettgemacht werden können, beispielsweise Rohstoffvorräte und Holzvorräte.

c) Sie glauben nicht, daß angemessene Sicherungen ausgearbeitet werden können, um einen Wettbewerb mit gleichen Chancen zu ermöglichen.

Im ganzen ergab die Beantwortung der Fragen, die die Federation of British Industries ihren Mitgliedern vorgelegt hatte, daß zu jener Zeit 479 Unternehmen mit 608 440 Arbeitern Verhandlungen über eine Freihandelszone befürworteten. 147 Unternehmen mit 75 000 Arbeitern waren gegen solche Verhandlungen, während 38 Firmen mit 31 000 Arbeitern unentschieden blieben.

Der zweite Bericht der Federation of British Industries erschien erst am 18. April. Diesmal ist der Ausgangspunkt viel klarer. Der Vertrag über den gemeinsamen Markt ist unterzeichnet, und es bestehen begründete Aussichten auf eine Ratifizierung. Die Errichtung einer Freihandelszone wird jetzt als tatsächliche Möglichkeit angesehen. Die Federation of British Industries sieht es jetzt als ihr Hauptziel an, die bestmöglichen Vertragsbedingungen zu erlangen und sicherzustellen, daß die Interessen der britischen Industrie in der Freihandelszone geschützt und gefördert werden. Der Ueberblick weist auf folgende Probleme hin, die besondere Aufmerksamkeit von seiten der Regierung des Vereinigten Königreichs verlangen:

1. das Problem, angemessene Bestimmungen für die Erneuerung fester Anlagewerte zu schaffen, besonders bei der steuerlichen Behandlung der Abschreibungen;

2. die Sicherung angemessener Transportverhältnisse zwischen Großbritannien und Europa;

3. die möglichen Nachteile, denen die britische Industrie im Vergleich zu ihren europäischen Mitbewerbern unterliegen könnte, wie sie sich aus dem 1956 erlassenen Restrictive Trade Practices Act ergeben;

4. Möglichkeiten für schnelle Aktionen gegen gefährliches Dumping;

5. besondere Maßnahmen, um Unternehmen und Industrien zu unterstützen, die von verstärkten

Importen aus Europa besonders schwer getroffen werden.

Die Haltung der Gewerkschaften

Der Trade Unions Council, das höchste Organ der britischen Gewerkschaftsbewegung, veröffentlichte am 2. November 1956 einen ausführlichen Bericht über seine Haltung zur Freihandelszone. Dieses hochinteressante Dokument legt die wichtigsten Tatsachen im Hinblick auf den Vorschlag dar. Es stellt fest, daß die Gewerkschaftsbewegung prinzipiell einverstanden sei, falls die Stellung der Arbeitnehmer gesichert werde, sowohl was den Lebensstandard als auch die Sicherung der Arbeitsplätze angeht. Die Hauptforderung ist, daß die Regierung

„Pläne bereithalten sollte, um Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, zu unterstützen. Diese Pläne sollten auch Maßnahmen für angemessene Arbeitslosenunterstützung, Umschulungsmöglichkeiten und Unterstützung während der Umschulung und, falls nötig, Umzugsbeihilfen für Arbeitnehmer vorsehen, die den Arbeitsplatz wechseln müssen.“

Man muß jedoch im Auge behalten, daß der TUC, obwohl er das verfassungsmäßige Hauptorgan der Gewerkschaftsbewegung ist, keine Befehlsgewalt hat. Viele Gewerkschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre erklären schon jetzt ihren Mitgliedern den Wert einer Teilnahme an der Freihandelszone.

Die Haltung der Presse

Die Idee einer engeren wirtschaftlichen Integration Europas hatte schon lange die Unterstützung der führenden Presseorgane. Leitartikel zu ihren Gunsten erschienen schon Anfang 1956 in der *Times*, der *Financial Times* und im *Manchester Guardian*. Die Massenblätter haben, mit Ausnahme der liberalen *News Chronicle*, die Idee allgemein als zu schwierig für ihre Leser betrachtet und widmeten dem gemeinsamen Markt und der Freihandelszone nur wenig Raum. Opposition kam von zwei Tageszeitungen — dem kommunistischen *Daily Worker*, was keiner Erörterung bedarf, und dem rechtsstehenden *Daily Express*. Der *Daily Express* mit einer täglichen Auflage von 3½ Millionen Exemplaren gehört zusammen mit dem *Sunday Express* und dem *Evening Standard* Lord Beaverbrook. Viele Jahre lang waren diese Blätter wegen ihrer ausgezeichneten journalistischen Aufmachung und ihrer ziemlich radikalen politischen Ideen bekannt. Für Lord Beaverbrook ist das British Empire eine fixe Idee. Er widersetzt sich der Freihandelszone, weil er fürchtet, daß sie den Handel mit dem Commonwealth schädigen könnte.

Kolonialgebiete

Seit der Veröffentlichung des Weißbuches ist die Einbeziehung der Kolonialgebiete in den gemein-

samen Markt als neuer Faktor hervorgetreten. Ueber dieses Thema sind die Beratungen noch im Gange. Wenn die sechs Staaten überseeische Gebiete einbeziehen wollen — und es ist zweifelhaft, ob das nur in der Zollunion und nicht in der Freihandelszone geschehen kann, ohne große Verwirrung zu stiften —, dann muß Großbritannien das Recht haben, auch seine Kolonien hereinzunehmen. Wenn unabhängige und halb unabhängige Gebiete aufgenommen werden, warum dann nicht auch Ghana, Ceylon, Indien und Kanada?

Zusammenfassung

Die Einstellung der Industrie zur Freihandelszone kann in wiederholt gehörten Sätzen wie „Wir können es uns nicht leisten, draußen zu bleiben“ oder „Es birgt Gefahren und Möglichkeiten“ zusammengefaßt werden. Die Haltung wechselt mit den Erzeugnissen und der Größe der Unternehmen. Vor einem halben Jahr waren die Kommentare schlecht fundiert und allgemein gehalten. Inzwischen wurde viel diskutiert, und Untersuchungen wurden angestellt. Die Economist Intelligence Unit beispielsweise arbeitet sich durch einen Stoß von Aufträgen von Unternehmen, die sich informieren wollen, wie weit ihre Handelsposition berührt wird. Einzelne Firmen und Handelsgesellschaften lassen ihre Betriebswirtschaftler die Aussichten für ihre Erzeugnisse prüfen. In einigen Fällen wurden schon Maßnahmen ergriffen. So hat eine Autofirma die Produktion neuer Modelle aufgenommen, in der Elektroindustrie werden neue Erzeugnisse hergestellt. Am auffälligsten ist die Verschmelzung von Courtaulds und British Nylon Spinners. Der wichtigste Vorbehalt ist, daß ein Konflikt zwischen Freihandel und Vollbeschäftigung entstehen könne; und man muß sich vergegenwärtigen, daß wir in Großbritannien Arbeitslosigkeit ebenso fürchten wie die kontinentalen Länder eine Inflation.

Die Entscheidung zwischen Commonwealth und Europa ist für die meisten bereits gefallen. Das Ergebnis wird wahrscheinlich eine Umorientierung des britischen Handels auf Europa sein. Wir wissen, daß das harte Arbeit, scharfen Wettbewerb und die Aenderung althergebrachter Handelsgewohnheiten bedeutet. Aber die Erkenntnis wächst, daß wir dem Kreislauf von niedriger Produktivität, Inflation und Zahlungsbilanzschwierigkeiten nur durch einen kühnen Schritt enttrinnen können, der ebenso drastisch ist wie die Aufgabe des freien Handels in den frühen dreißiger Jahren. Aber auch abgesehen davon — um den *Manchester Guardian* zu zitieren — „besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit der britischen Geschäftsleute dafür ist, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben“.

Der Europäische Gemeinsame Markt und die Landwirtschaft

Von Dr. G. J. Balkenstein, Den Haag

Dr. Balkenstein ist der Generalsekretär des niederländischen Wirtschafts- und Sozialrates. Sein nachstehender Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Berichtes für die Europäische Wirtschaftskonferenz der Aktionsgemeinschaft Europäischer Föderalisten in Paris vom 15. bis zum 17. März 1957 (vgl. den Bericht über diese Konferenz in Europa-Archiv 8/1957, S. 9793 ff).

Probleme der landwirtschaftlichen Integration

Die Landwirtschaft weist im Hinblick auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß eine Reihe von besonderen Merkmalen auf. Allgemein gesprochen, befindet sie sich offensichtlich in einer etwas paradoxen Situation. Einerseits scheint sie mehr als jeder andere Produktionszweig für eine internationale Arbeitsteilung geeignet zu sein. Andererseits jedoch erscheint ein Zusammenschluß gerade auf diesem Gebiet schwieriger als auf jedem anderen.

Die landwirtschaftliche Erzeugung hängt in hohem Grade von den Boden- und Klimabedingungen ab. Und diese Bedingungen, die in Europa sehr unterschiedlich sind, eröffnen in einigen Gebieten natürliche Vorteile für den Anbau bestimmter Produkte. Dank der modernen Transportmöglichkeiten können solche Vorteile auch im Falle von verderblichen Produkten, die in einer gewissen Entfernung von den Verbrauchszentren erzeugt werden, nutzbar gemacht werden. Bestimmte Gebiete werden auch durch soziale und wirtschaftliche Bedingungen begünstigt; weniger industrialisierte Länder mit einem niedrigen Lohnniveau wären oft für die Erzeugung arbeitsintensiver Produkte am meisten geeignet. Die Landwirtschaft gibt deshalb im Prinzip einer hohen Entwicklung rationeller Spezialisierung unter den einzelnen Ländern auf der Grundlage vergleichbarer Kosten weiten Spielraum.

Eine solche zweckmäßig organisierte Spezialisierung erscheint um so anziehender, als die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ein bedeutendes Element innerhalb unserer Lebenshaltungskosten darstellen. Spezialisierung auf dem Gebiete der Landwirtschaft könnte daher einen hervorragenden Beitrag zur Erreichung eines wichtigen Ziels der Sozialpolitik leisten: der Hebung des allgemeinen Wohlstandes und besonders derjenigen der arbeitenden Schichten. Ihre vorteilhafte Auswirkung auf die Lebenshaltungskosten würde darüber hinaus den auf den Arbeitskosten lastenden Lohndruck herabsetzen.

Die Isolierung der nationalen Agrarwirtschaften

Die in der Landwirtschaft tatsächlich herrschenden Verhältnisse deuten jedoch nicht auf ein besonders zweckmäßiges Produktionssystem hin. In Wirklichkeit

hat die Entwicklungstendenz in der Landwirtschaft während der letzten Jahrzehnte eine Richtung genommen, die einer Spezialisierung unter den einzelnen Ländern gerade zuwiderlief. In den meisten europäischen Ländern ist die Organisation der Landwirtschaft in zunehmendem Maße auf einer nationalen Grundlage vorgenommen worden.

Auf diesen Weg haben mehrere Faktoren wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Charakters geführt. Ein erster Grund, der sich hier anführen ließe, betrifft die Produktions- und Absatzbedingungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Erzeugung hängt — und zwar bei verschiedenen Produkten in verschiedenem Maße — von den unterschiedlichen Klimabedingungen eines bestimmten Gebietes ab, und die Erträge wechseln deshalb von Jahr zu Jahr. Die Nachfrage nach vielen Erzeugnissen ist jedoch gleichbleibend oder zumindest ziemlich gleichbleibend. Als Folge dieser und anderer besonderer Bedingungen auf dem Gebiet von Angebot und Nachfrage können die Preise von Agrarerzeugnissen sowie das Einkommen der Landbevölkerung größeren Schwankungen unterworfen sein, als das bei anderen Erwerbszweigen gewöhnlich der Fall ist.

Während des letzten Jahrzehnts vor dem Zweiten Weltkrieg nahm diese Situation sehr akute Formen an, vor allem auch, weil sich die wirtschaftliche Depression jener Jahre in der Landwirtschaft besonders stark bemerkbar machte. In den meisten europäischen Ländern hat die landwirtschaftliche Bevölkerung einen bedeutenden Anteil an der Gesamtbevölkerung. In den sechs Ländern der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft schwankt er jetzt zwischen etwa 15 vH in Belgien, Deutschland und den Niederlanden, 25 vH in Frankreich und sogar 41 vH in Italien. Unter diesen Umständen haben die meisten Länder im Laufe der dreißiger Jahre zum Schutz oder zur Unterstützung der Landwirtschaft bestimmte Systeme eingeführt und von da an aufrechterhalten. Daraus erwuchs eine Tendenz zur Selbstversorgung, und in den späteren Jahren ist diese Tendenz auf Grund militärischer Erwägungen und nach dem Kriege durch Schwierigkeiten hinsichtlich der Zahlungsbilanz noch gestärkt

worden. Ohne Zweifel ist die Lage der Exportländer, wie Dänemark und die Niederlande, durch die zunehmenden Schutzmaßnahmen der Importländer ungünstig beeinflusst worden.

Bei der Situation, die sich so entwickelt hat, treten zwei Merkmale besonders hervor. Einerseits gibt es nun eine Reihe isolierter Agrarwirtschaften, von denen viele hinsichtlich einer Reihe von Produkten beinahe volle Autarkie erreicht haben und von denen jede ihr eigenes Preisniveau aufweist. Andererseits hat sich, verglichen mit dem ersten Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg, das Handelsvolumen der europäischen Länder auf dem Gebiet der Agrarerzeugnisse merklich verringert. Das Absinken des Gesamtexports wird hier auf 30 vH und die Abnahme des Gesamtimports auf 25 vH geschätzt.

Die Risiken starker Preisschwankungen sind auf diese Weise herabgesetzt worden, und das landwirtschaftliche Einkommen hat damit in den einzelnen Ländern mehr oder weniger eine Festigung erfahren — zumindest in denjenigen Staaten, die nicht von alters her zu den Agrarexportländern gehören. Die landwirtschaftliche Erzeugung geht jedoch nicht gerade unter den günstigsten Bedingungen vor sich. Der Preis, den man für das erreichte Ergebnis zu bezahlen hatte, besteht darin, daß die Kosten landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den meisten Ländern verhältnismäßig hoch sind, so daß sowohl die Verbraucher als auch die einzelnen Nationalwirtschaften als Ganzes bedeutende Opfer bringen müssen. Es zeigt sich ferner, daß das gegenwärtige Preisniveau im allgemeinen dazu neigt, sowohl Exporte als auch eine Steigerung der Umsätze auf dem Inlandsmarkt zu verhindern. Dies bedeutet, daß das Bestreben, das landwirtschaftliche Einkommen zu verbessern — das nach wie vor notwendig ist —, seine Wirksamkeit verliert, solange es durch eine Steigerung des Produktionsvolumens mehr oder weniger ohne Rücksicht auf den Preis erfolgt.

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität

Es scheint deshalb, daß die Anstrengungen auf eine Steigerung der Produktivität zu richten sind. Einige der Probleme, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, müssen hier Erwähnung finden. Da wären zunächst einmal Fragen mehr technischen Charakters anzuführen, wie zum Beispiel die Verbesserung des fachlichen Könnens der Landwirte, was eine bessere Erziehung und Berufsausbildung erfordern würde, die Verbesserung des landwirtschaftlichen Betriebsaufbaus, die Förderung des Gebrauchs von besserer Ausrüstung und der Verwendung von Düngemitteln, die mit den Investitionen verbundenen Probleme und so weiter.

Die Bemühungen um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität setzen ferner einen wirksameren Einsatz der Arbeitskräfte voraus. Das bedeutet, daß die gegenwärtig auf den Bauernhöfen

verfügbaren Arbeitskräfte entweder für die Erzeugung arbeitsintensiverer Produkte, wie Obst, Gemüse oder tierische Erzeugnisse, eingesetzt werden müssen oder daß sie als Folge eines beschleunigten Mechanisierungsprozesses teilweise überflüssig werden.

Die letztere Methode, eine Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, setzt jedoch, wenn ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit vermieden werden soll, voraus, daß die anderen Produktionszweige genügend Beschäftigungsmöglichkeiten bieten können, um die frei werdenden Arbeitskräfte aufzusaugen. Die Bedingungen für eine Anwendung dieses Grundgedankens sind deshalb dann günstig, wenn andere Sektoren des Wirtschafts- und Erwerbslebens im Ausbau begriffen sind. Besonders für Landarbeiter und junge Landwirte könnte die Aussicht auf ein höheres Einkommen in jenen Erwerbszweigen ein ausreichendes Anreizmittel sein, um die Landwirtschaft zu verlassen. Die Agrarpolitik kann selbst eine solche Verschiebung fördern, indem sie die Produktion arbeitsintensiver Produkte anregt. Während des industriellen Aufschwungs der letzten Jahre ist auf diese Weise in mehreren Ländern eine erhebliche Verminderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte herbeigeführt worden. In den Gebieten, wo die Landwirtschaft mechanisiert wird, sind jedoch oft keine Fabriken gelegen, die Beschäftigungsmöglichkeiten bieten könnten. Folglich muß eine Politik verfolgt werden, die entweder zu einer Abwanderung in andere Gebiete ermutigt oder aber die Errichtung neuer Fabriken fördert. Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß kleine, doch unabhängige Landwirte in vielen Fällen nicht geneigt sein werden, zu Lohnempfängern zu werden, besonders wenn sie als ungelernete Arbeiter tätig sein sollen. Wenn jedoch Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Industrien vorhanden sind, wäre es gerechtfertigt, diesen Weg zur Verbesserung der Produktivität zu beschreiten, vorausgesetzt, daß dies mit entsprechenden Maßnahmen auf dem Gebiet der industriellen Ansiedlung und berufsmäßigen Ausbildung einhergeht.

Die andere Möglichkeit zur Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft, nämlich durch die Einführung arbeitsintensiverer Produkte, hängt zum Teil von den Bodenbedingungen ab. Sie setzt ferner eine ausreichende Nachfrage nach dem erhöhten Angebot dieser preislich teureren Erzeugnisse voraus. Diese Nachfrage könnte teilweise auf dem Inlandsmarkt gefunden werden, besonders wenn die Einkommen steigen; und weiterhin könnte es erforderlich sein, Exportmöglichkeiten ausfindig zu machen.

Eine gesteigerte Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte schließt auch eine gesteigerte Produktion in sich ein. Deshalb werden diejenigen Länder, die auf dem Gebiet der Agrarerzeugnisse bis jetzt im allgemeinen importieren müssen, zum Exporteur einiger Erzeugnisse werden. Sie werden sich

jedoch dann den bestehenden Handelsschranken gegenübersehen und den Schwierigkeiten, die diese denjenigen bereiten, die eine Absatzmöglichkeit außerhalb ihres eigenen Landes zu finden versuchen.

Es ist wohl bekannt, daß Versuche, die Liberalisierung des Handels im Rahmen der OEEC auf landwirtschaftliche Erzeugnisse auszudehnen, nicht viel Erfolg gehabt haben. Die Erfahrung, besonders der Untersuchungen, die hinsichtlich der „Grünen Union“ unternommen wurden, hat gezeigt, daß eine Koordinierung der nationalen Agrarpolitik der verschiedenen Staaten und eine gegenseitige Abstimmung der Produktions- und Absatzbedingungen mit einer Liberalisierungspolitik verbunden sein müssen. Dies würde jedoch ein grundlegendes Abgehen von der nationalen Verhaltensweise einschließen, die bis jetzt in der Agrarpolitik vorherrscht.

Es muß hervorgehoben werden, daß das Problem des landwirtschaftlichen Einkommens — das bereits ein ernstes Problem darstellt — sich noch zuspitzen könnte. Es kann nämlich erwartet werden, daß die Steigerung der Produktivität und der Einkommen in den anderen Produktionszweigen, die während der letzten Jahre stattgefunden hat — auch als eine Folge des gemeinsamen Marktes —, andauern wird. Wenn nun die Möglichkeiten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität — die eine enge Zusammenarbeit der Länder herbeiführen könnte — nicht ausgenutzt werden, würde sich eine zunehmende Ungleichheit entwickeln.

Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten

In dem obigen Abschnitt sind einige Angaben allgemeinen Charakters hinsichtlich der grundlegenden Probleme der Landwirtschaft gemacht worden. Tatsächlich beziehen sich diese Angaben jedoch auf die einzelnen Länder in verschiedenem Grade. Unter den sechs Messina-Ländern stellen die Niederlande ein bedeutendes Exportland landwirtschaftlicher Produkte dar und nehmen deshalb eine etwas gesonderte Stellung ein. Die Produktionsangaben der anderen Länder deuten jedoch darauf hin, daß diese allmählich

auch zum Exporteur bestimmter Produkte werden oder jedenfalls nahe daran sind, es zu werden. Es sollte deshalb scheinen, daß allgemein diese Gruppe von Ländern einen Punkt erreicht hat, an dem, auch vom landwirtschaftlichen Standpunkt, ein gemeinsames Interesse an Möglichkeiten zum internationalen Gütertausch herangereift ist.

Es liegt auf der Hand, daß eine Situation, bei der jedes Land gelegentlich Ueberschüsse auf den internationalen Märkten verkauft, vermieden werden sollte. Eine solche Politik zieht oft schwere finanzielle Opfer des betreffenden Landes nach sich und hat eine höchst schädliche Auswirkung auf die Wirtschaft von Ländern, deren landwirtschaftliche Struktur sich im wesentlichen auf Exporte stützt.

Deshalb müssen Wege zu einer gemeinsamen Anstrengung gefunden werden. Dies würde bedeuten, daß die teilnehmenden Länder, indem sie Importe gestatten, manchmal — unter Umständen teilweise — ihre Autarkie hinsichtlich des importierten Produktes aufgeben. Solche Importe sollten jedoch nicht nur gelegentlich sein — um auftretende Mängel auszugleichen —, sondern müssen einen ständigen Charakter haben und auf diese Weise eine Ausweitung der Märkte herbeiführen. Dies würde von selbst zu ihrer Stabilität beitragen. Ein zweckmäßiges System würde bedeuten, daß die Produktion derjenigen Erzeugnisse teilweise aufgegeben wird, für die das betreffende Land nicht so konkurrenzfähig ist wie sein Lieferant, während sich das erstere Land auf solche Produkte konzentriert, für die es selbst konkurrenzfähiger ist.

Es muß hinzugefügt werden, daß eine Inangriffnahme dieses Problems, wenn sie auf die Landwirtschaft beschränkt bleibt, nur zu begrenzten Ergebnissen führen kann. Es ist notwendig, daß auch andere Güter freier ausgetauscht werden. Wirklicher Spielraum für eine Ausweitung der Märkte für Agrarprodukte wird erst dann geschaffen werden, wenn Exporte landwirtschaftlicher Erzeugnisse zumindest teilweise durch Importe von nichtlandwirtschaftlichen Erzeugnissen ausgeglichen werden können.

Gründe für den Einschluß der Landwirtschaft in den gemeinsamen Markt

Im Lichte dieser Betrachtung der Situation der Landwirtschaft erscheint ihr Einschluß in den gemeinsamen Markt als eine dringend erforderliche Notwendigkeit. Ein solcher Einschluß kann natürlich nicht nur in einer allmählichen und gegenseitigen Handelsliberalisierung auf dem Gebiet der Agrarprodukte bestehen. Die sozialen und wirtschaftlichen Beweggründe für eine Stabilisierung, die für die nationale Politik maßgebend gewesen sind, besitzen auch ihre Gültigkeit für den gemeinsamen Markt. Es wird deshalb eine koordinierte gemeinsame Politik erforderlich sein, die an die Stelle der unabgestimmten Nationalpolitik der verschiedenen Staaten tritt. Auf landwirt-

schaftstechnischem Gebiet wird man eine aktive Politik betreiben müssen, damit die Landwirtschaft in die Lage versetzt wird, sich der neuen Situation anzupassen.

Die Gründe, aus denen ein Einschluß der Landwirtschaft in den gemeinsamen Markt wünschenswert ist, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens ist das grundsätzliche Ziel eines solchen Marktes eine rationellere Verwendung der wirtschaftlichen Hilfsquellen der beteiligten Länder. Wenn man die Landwirtschaft auslassen würde, würde man die Umgruppierung der wirtschaftlichen Tätigkeit einer Verzerrung unterwerfen. Ferner sind die Hilfsquellen der

verschiedenen Länder auf dem Gebiet der Landwirtschaft unterschiedlich. Deshalb würden sich diejenigen Länder, die auf dem Gebiet der Landwirtschaft in einer günstigen Position sind, einer ernsthaften Benachteiligung gegenübersehen. Sie müßten zu einer Ausweitung der Märkte für gewisse industrielle Fertigprodukte, auf die andere Länder spezialisiert sind, beitragen, ohne daß sie den gleichen Vorteil für bestimmte Agrarerzeugnisse erhalten, auf die sie sich ihrerseits spezialisieren könnten.

Ein weiterer Grund, der für einen Einschluß der Landwirtschaft in den gemeinsamen Markt spricht, besteht darin, daß dieser Markt durch eine Hebung der Produktivität in den anderen Produktionszweigen eine Steigerung der Einkommen und der Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft herbeiführen wird. Dies wird dazu beitragen, die Produktivität in der Landwirtschaft zu erhöhen. Einerseits wird eine Nachfrage nach mehr arbeitsintensiven Agrarerzeugnissen geschaffen werden; andererseits wird die Umlenkung durch Verteilung überschüssiger Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft auf andere Produktionszweige, die durch weitere Mechanisierung und Rationalisierung herbeigeführt werden kann, erleichtert werden. Es stimmt zwar, daß diese Möglich-

keiten auch dann bestehen würden, wenn die Landwirtschaft von dem gemeinsamen Markt ausgeschlossen bleiben würde. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität würde jedoch dann hinter den bestehenden Möglichkeiten zurückbleiben. Dies sollte aber — da die Produktivität außerhalb der Landwirtschaft auch zunimmt — vermieden werden. Weitere Ungleichheiten würden den einzelnen Nationalwirtschaften schwere und ungleichmäßige Bürden auferlegen.

Ein Einschluß der Landwirtschaft in den gemeinsamen Markt schließt auch in sich, daß von der Gemeinschaft finanzielle Unterstützung für Zwecke landwirtschaftlichen Charakters zur Verfügung gestellt werden kann.

Schließlich verdient Erwähnung, daß die Landwirtschaft, wenn sie einbezogen wird, ihrerseits eine reibungslosere Arbeitsweise des gemeinsamen Marktes für die anderen Erzeugnisse fördern wird. Die allmähliche Entwicklung einer gemeinsamen Agrarpolitik und die allmähliche Erweiterung der Märkte für Agrarerzeugnisse werden zu einer Senkung und Mäßigung der Lebensmittelpreise führen und so die Unterschiede in den Lebenshaltungskosten herabsetzen.

Die landwirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrags

Allgemeine Grundsätze

Die allgemeineren Grundzüge des Vertrags über den gemeinsamen Markt, soweit es die Landwirtschaft anbelangt, sind im folgenden angeführt:

der gemeinsame Markt schließt auch die Landwirtschaft ein;

soweit keine besonderen Regeln festgelegt worden sind, gelten die allgemeinen Bestimmungen des gemeinsamen Marktes — das heißt diejenigen, welche Zolltarife und Kontingente betreffen — auch für die Landwirtschaft;

Tätigkeit und Entwicklung des Marktes müssen mit der Ersetzung der nationalen Organisationen durch eine gemeinschaftliche Agrarpolitik einhergehen. Je nach der Art der Produkte wird diese Politik durch folgende Maßnahmen oder Einrichtungen ausgeführt werden:

1. gemeinsame Wettbewerbsbestimmungen,
2. obligatorische Koordinierung der nationalen Marktordnungen,
3. eine europäische Marktordnung.

Vorschläge, die Angelegenheiten der gemeinsamen Agrarpolitik betreffen — die von der Europäischen Kommission festgelegt werden soll —, müssen vom Ministerrat während der ersten beiden Phasen der Uebergangsperiode einstimmig und späterhin mit einer qualifizierten Mehrheit angenommen werden. Die ersten Vorschläge werden innerhalb von zwei Jahren vorgelegt werden; der Vorbereitung dieser ersten

Vorschläge wird eine Konferenz der beteiligten Regierungen vorausgehen.

Die oben angeführten Bestimmungen sind der allgemeine Rahmen, in den die Prinzipien der gemeinsamen Politik und eine Verfahrensweise zu ihrer Ausarbeitung und Entwicklung gestellt worden sind. Bevor darauf näher eingegangen wird, muß festgestellt werden, daß es auch eine Reihe von besonderen Bestimmungen gibt, von denen die meisten bestimmte Sicherungen vorsehen und für eventuelle Modifizierungen in der Anwendung der betreffenden Prinzipien dienen. Diese werden später erörtert werden.

Die Hauptpunkte der Prinzipien bestehen darin, daß die Landwirtschaft einen Teil des gemeinsamen Marktes darstellt und daß dies eine gemeinsame Agrarpolitik in sich schließt. Weiterhin wird diese Politik erst dann durch eine qualifizierte Mehrheit festgelegt werden, wenn die ersten beiden Phasen der Uebergangsperiode abgelaufen sind. Von einem satzungsmäßigen Gesichtspunkt aus scheint dieses System ziemlich schwach zu sein. Es bedeutet, daß die erarbeitete Form einer gemeinsamen Politik auf lange Zeit durch das Veto eines einzigen Landes lahmgelegt werden kann. Die Gründe hierfür scheinen um so weniger wohlbegründet, weil eine weitere Sicherung gegen Entscheidungen, die einem Lande Nachteile bringen könnten, vorgesehen worden ist. Es handelt sich dabei um ein Berufungsrecht gegen

Mehrheitsentscheidungen. Ferner werden die einzelnen Entscheidungen sorgfältiger Vorbereitung unterworfen sein, da der Wirtschafts- und Sozialausschuß (und seine landwirtschaftliche Abteilung) sowie die Versammlung zu Rate gezogen werden müssen.

Bekanntlich hat die niederländische Regierung ursprünglich angestrebt, Einstimmigkeitsentscheidungen auf die erste Phase zu beschränken. Wenn man die Probleme, denen sich die Landwirtschaft in einigen Ländern gegenüber sieht, sowie die Langsamkeit des Entwicklungsgangs der Landwirtschaftsreform in Betracht zieht, ist es verständlich, daß es dagegen viel Widerstreben gegeben hat. Grund zu einiger Zufriedenheit gibt jedoch die Bestimmung, daß die gemeinsame Politik noch vor dem Ablauf der Uebergangsperiode festgelegt werden muß.

Die Entwicklung der gemeinsamen Politik wird eine höchst komplizierte Aufgabe sein. Hinsichtlich der Höhe der Produktionskosten bestehen zwischen den einzelnen Ländern weitgehende Unterschiede; diese werden schrittweise auf einen gleichmäßigen Stand gebracht werden müssen. Umstellungen und Anpassungen müssen allmählich herbeigeführt werden, um soziale Härten zu vermeiden, die sich aus einer Verringerung im Einkommen der ländlichen Bevölkerung ergeben könnten, sofern es keinen Ausgleich für solche Härten durch andere Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Maßnahmen, wie eine Verbesserung der Berufsausbildung und die Einführung besserer Methoden und Ausrüstung, erfordern Zeit. Die gemeinsame Agrarpolitik wird ferner berücksichtigen müssen, daß die Kosten- und die Preisstruktur der Landwirtschaft einen Teil der einzelnen nationalen Gesamtwirtschaften darstellt. Dies zieht neben anderen Dingen nach sich, daß die Auswirkung einer Erhöhung der Agrarpreise auf die allgemeinen Lebenshaltungskosten in Betracht gezogen werden muß. Wenn zum Beispiel in einem Land mit einem niedrigen Kostengefüge die landwirtschaftlichen Preise zu plötzlich auf den allgemeinen Stand gehoben werden würden, der im Rahmen des gemeinsamen Marktes zu erwarten wäre, könnten eine daraus entstehende Veränderung der Lebenshaltungskosten und eine Erhöhung der Löhne die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Landes ernstlich beeinträchtigen.

Diese Beispiele vermitteln ein klares Bild von den Schwierigkeiten, die zu überwinden sein werden, sowie von der Problematik der Aufgaben, die durchgeführt werden müssen. Wenn jedoch diese Probleme einigen Anlaß zur Skepsis hinsichtlich einer schließlich erfolgreichen Lösung geben können, sollte man stets daran denken, daß diese Aufgaben im Interesse der Hebung des Wohlstandes Europas und seiner Agrarbevölkerung erfüllt werden müssen und daß nur gemeinsamen Anstrengungen ein Erfolg beschieden sein kann. Wenn man das Gewicht der entgegen-

stehenden Probleme betrachtet, sollte man auch nicht vergessen, daß der Prozeß der landwirtschaftlichen Anpassung durch die dynamische Wirkung, die der gemeinsame Markt auf die Wirtschaften der beteiligten Länder ausüben wird, erleichtert werden wird.

Besondere Schutzbestimmungen

Die Erarbeitung der gemeinsamen Agrarpolitik muß bis zum Ende der Uebergangsperiode vollkommen abgeschlossen sein. Es ist offensichtlich, daß eine allmähliche Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Agrarerzeugnisse bereits viel früher begonnen werden muß. Einer der Gründe hierfür besteht darin, daß Länder, die landwirtschaftliche Erzeugnisse exportieren oder in Zukunft möglicherweise exportieren werden, verlangen müssen, daß eine allmähliche Liberalisierung des Handels auf dem Gebiet der nichtlandwirtschaftlichen Erzeugnisse mit erweiterten Möglichkeiten für Agrarexporte einhergeht. Andernfalls würden sie die Gefahr eines zumindest verhältnismäßigen Niedergangs in ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Position laufen.

Ein weiterer Grund, eine Steigerung des Umfangs landwirtschaftlicher Importe und Exporte von Anfang an sicherzustellen, liegt darin, daß der internationale Güteraustausch eine wesentliche Voraussetzung des verbesserten Produktionsschemas darstellt, das angestrebt wird. Importe müssen deshalb mit den allgemeinen Veränderungen in den nationalen Produktionsplanungen der einzelnen Länder parallel laufen. Es wäre illusorisch, wollte man auf die Erlangung zweckmäßigerer Produktionsschemata hoffen, die schließlich zusammenpassen würden, wenn dieser Anreiz fehlen würde. Es ist ganz klar, daß Importe zur Anzeige der einträglichsten Produktionsrichtungen unerlässlich sind.

In Uebereinstimmung mit den grundlegenden Regeln einer Zollunion wird der tragende Grundgedanke des Vertrags hinsichtlich des zwischenstaatlichen Handels auf dem Gebiet der Agrarerzeugnisse dahingehend lauten, daß — ebenso wie bei anderen Erzeugnissen — Kontingente und Schutzzölle zwischen den Mitgliedstaaten im Laufe der Uebergangsperiode allmählich abgeschafft werden. Gleichzeitig wird ein gemeinsamer Schutzzolltarif gegenüber dritten Ländern festgelegt werden.

Der Wettbewerbsdruck, der aus der darauffolgenden allmählichen Verschmelzung der Märkte erwächst, würde, zusammen mit der gemeinsamen Verantwortung für den neuen Markt, ganz unvermeidlich zu einer gemeinsamen Agrarpolitik hinführen. Die Folgen einer uneingeschränkten Anwendung dieses Systems auf dem landwirtschaftlichen Sektor wären jedoch zu weitgehend. Auch wäre eine solche automatische Methode nicht mit dem wohlüberlegten und vorsichtigen Vorgehen zu vereinen, das bei der Entwicklung der gemeinsamen Politik eingehalten werden soll. Das Preisniveau vieler Produkte weicht in

den verschiedenen Ländern erheblich voneinander ab. Diese Abweichungen gehen nicht nur auf Unterschiede in den naturgegebenen Bedingungen, sondern auch auf eine unterschiedliche Politik zurück. Da die nationalen Agrarwirtschaften der einzelnen Länder zumindest teilweise isoliert sind, können die gegenwärtigen Preise in vielen Fällen nicht als ein verlässlicher Maßstab der äußersten Wettbewerbsfähigkeit angesehen werden. Wenn als eine Folge der Schaffung des gemeinsamen Marktes die Politik der verschiedenen Mitgliedstaaten aufeinander abgestimmt wird, könnten bedeutende Veränderungen stattfinden. Die gegenwärtigen Preise können deshalb nicht das alleinige Kriterium zur Erlangung eines zweckmäßigeren Produktionsschemas sein. Wenn eine Umstellung möglich sein sollte und die Produktion auf eine Grundlage gebracht werden kann, die — im Rahmen des gemeinsamen Marktes — wettbewerbsfähig ist, dann muß man dieser Entwicklung Zeit lassen.

Diese Situation hat nun zu Abweichungen von den allgemeinen Vertragsbestimmungen geführt. Diese Abweichungen beziehen sich jedoch nur auf die Uebergangszeit; danach besitzen sie keine Gültigkeit mehr. Wenn der Prozeß der Umstellung und Anpassung aber noch besondere Maßnahmen erfordern würde, können diese innerhalb des Rahmens der gemeinsamen Agrarpolitik vorgenommen werden. Es sollte ferner beachtet werden, daß die Wettbewerbssituation im Laufe der Uebergangszeit auch insoweit eine Änderung erfährt, als der gemeinsame Schutzzolltarif gegenüber dritten Ländern allmählich in Kraft tritt. Nach Ablauf der Periode wird der gemeinsame Schutzzolltarif zu der „natürlichen“ Begünstigung führen, die innerhalb jedes Zollgebiets besteht.

Die Maßnahmen, die für die Uebergangszeit vorgesehen sind, haben folgenden Charakter:

- a) für gewisse Erzeugnisse ist es den Regierungen gestattet, an Stelle der Kontingente ein System der Mindestpreise für Importe anzuwenden;
- b) für bestimmte Produkte werden langfristige Verträge abgeschlossen werden.

Ein System der Mindestpreise bedeutet, daß die betreffende Regierung, wenn der Inlandspreis des betreffenden Produktes unterhalb einer bestimmten Höhe liegt, die Importe vorübergehend einstellen oder verringern kann. Eine Alternative hierzu besteht darin, daß Importe stets gestattet sind, doch nur zu Preisen, welche die angegebene Höhe überschreiten. Gegenwärtig bilden Mindestpreisabmachungen für gewisse Produkte bereits einen Teil der Handelsbeziehungen zwischen einigen der sechs Länder. Es ist

jedoch für diese bestehenden Uebereinkommen charakteristisch, daß die Festsetzung der Preishöhen der autonomen Entscheidung des Importlandes überlassen bleibt. Daher können diese Festsetzungen die gleiche Auswirkung haben wie mengenmäßige Beschränkungen.

Im Rahmen eines gemeinsamen Marktes wäre dies jedoch fehl am Platze. Ueberdies würde es sich mit den Interessen des Exportlandes nicht vereinbaren lassen. Aus diesem Grunde sind gewisse Bestimmungen festgelegt worden. Eine von diesen besagt, daß die Mindestpreise weder den Umfang des bestehenden Handelsaustausches verringern noch seine allmähliche Ausweitung verhindern dürfen. Die anderen Bestimmungen haben einen satzungsmäßigen Charakter. Sie sehen vor, daß der Ministerrat — zuerst durch Einstimmigkeit — Vorschriften hinsichtlich der Festlegung der Mindestpreissysteme sowie der Bestimmung der Preise festsetzen muß. Ein wichtiger Punkt ist auch, daß — auf alle Fälle in der dritten Phase der Uebergangszeit — die Europäische Kommission Abänderungen von Mindestpreisen, die von einzelnen Regierungen angewandt werden, vorschlagen kann. Solche Vorschläge werden vom Ministerrat angenommen, wenn sie eine qualifizierte Mehrheit erhalten.

Auch in diesem Falle sind auf diese Weise — wenn auch nicht vor der dritten Phase — Mehrheitsentscheidungen eingeführt worden, und auch in einigen anderen Beziehungen hat man auf Selbstbestimmung verzichtet. Auch diese Bestimmungen könnten nun der Kritik unterworfen sein. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß sie die entscheidenden Punkte des gesamten Gefüges darstellen. Man könnte den Einwand vorbringen, daß die Anwendung der Mindestpreissysteme, die für die Oeffnung und allmähliche Verschmelzung der Märkte entscheidend sein werden, schon in einem früheren Stadium und vor allem auch genauer kontrolliert werden sollten.

Die Handhabung der betreffenden Klauseln wird eng mit den oben erwähnten Bestimmungen verbunden sein, die sich mit der allmählichen Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik befassen. Beide Kategorien dienen der Absicht, die nationale Politik der verschiedenen Länder in einem koordinierten System zu vereinen mit dem Ziel, sie in eine einzige europäische Politik zu verwandeln.

Mehrseitige langfristige Verträge müssen unter dem gleichen Licht betrachtet werden. Ihr Zweck sollte darin bestehen, in Vorwegnahme der Verschmelzung der verschiedenen nationalen Wirtschaften den gegenseitigen Güteraustausch zu fördern.

Zusammenfassung

Ein Punkt von Interesse ist schließlich auch, in welchem Ausmaß der Prozeß der Entwicklung des gemeinsamen Marktes Raum für eine Fortführung

der Exporte zu den Weltmärkten läßt. Dieses Problem ist von besonderem Interesse für die Niederlande, deren Handel, soweit er dritte Länder betrifft, sich

auf Milch- und Fleischprodukte konzentriert, die auf der Grundlage von auf dem Weltmarkt eingekauften Rohstoffen hergestellt werden. Zumindest für die Uebergangsperiode ist eine Fortführung dieser Handelstätigkeit vorgesehen worden. Auf Grund dieser Bestimmungen sollen Importe von Rohstoffen von den Weltmärkten und gegen Weltmarktpreise, die diesem Zweck dienen, auch weiterhin stattfinden. Es liegt auf der Hand, daß, solange die vollkommene Liberalisierung des Handels zwischen den sechs Ländern noch aussteht, solche Bestimmungen getroffen werden mußten. Es ist jetzt noch zu früh, irgendwelche Ueberlegungen darüber anzustellen, welche Politik die Gemeinschaft nach der Errichtung des gemeinsamen Marktes einschlagen wird.

Bei zusammenfassender Betrachtung der Lage, in der sich die Landwirtschaft in ihrer Verbindung mit dem gemeinsamen Markt befindet, muß erneut betont werden, daß dieser Zweig menschlicher Tätigkeit vielleicht mehr als jeder andere ernststen wirtschaftlichen Problemen gegenübersteht. Das landwirtschaftliche Gesamteinkommen ist im Vergleich mit dem Einkommen, das in anderen Produktionszweigen erreicht wird, verhältnismäßig niedrig. Es besteht sogar eine Tendenz, daß es noch weiter hinter der Einkommensentwicklung zurückbleibt. Die letzten Jahre industriellen Wohlstandes haben uns diese Erscheinung gewiß ins Bewußtsein gerufen.

In jedem der sechs Länder kommt diesen Fragen ernste Bedeutung zu. Selbst in den Niederlanden, wo ein verhältnismäßig hoher Grad landwirtschaftlicher Produktivität besteht, ist die Frage einer Steigerung der Regierungshilfe zum Ausgleich des sinkenden Wohlstandes der Landbevölkerung wieder zur Debatte gestellt worden. Noch ungünstiger ist die Situation in denjenigen Ländern, wo die Agrarbevölkerung einen größeren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung umfaßt.

Die Tatsache, daß Teile — und manchmal große Teile — der Bevölkerung nicht in der Lage sind, ein Einkommen zu verdienen, wie es modernen Maßstäben entspricht, ist ein sozialer Uebelstand, dessen Tragweite nicht unterschätzt werden sollte. Ferner bleibt unter diesen Umständen ein bedeutender Teil des Wirtschaftspotentials unausgenutzt.

Es ist ferner offensichtlich, daß sich die Voraus-

setzungen zur Förderung eines wirtschaftlicheren Einsatzes landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im Rahmen der gegenwärtigen nationalen Politik der verschiedenen Einzelstaaten, von denen jeder den Interessen des anderen zuwiderhandelt, nicht schaffen lassen und daß daher eine Ausweitung des Marktes unvermeidlich ist. In Anbetracht des Auseinanderklaffens der Politik der einzelnen Staaten sowie des besonderen Charakters landwirtschaftlicher Märkte könnte ein solcher Schritt niemals auf eine Handelsliberalisierung beschränkt werden. Er muß vielmehr notwendigerweise mit der Schaffung einer gemeinsamen Politik einhergehen, durch welche die gegenseitige Anpassung in dem Uebergangsabschnitt geleitet wird und schließlich auch die Stabilisierungsmaßnahmen sichergestellt werden, auf welche die Landwirtschaft nicht verzichten kann.

Die allgemeinen Grundzüge des Plans für den gemeinsamen Markt lassen den dargelegten Prinzipien Gerechtigkeit widerfahren. Die Weise, in der der Plan ausgearbeitet wurde, ist bereits einer Betrachtung unterzogen worden. Diese Ausarbeitung könnte, wenn sie unter nationalen Gesichtspunkten beurteilt wird, einem gewissen Maß an Kritik unterworfen sein. Viel wird auf jeden Fall davon abhängen, wie der Vertrag ausgeführt wird. Es kann jedoch nicht widerlegt werden, daß unter Wahrung lebenswichtiger Interessen im Prinzip ein vernünftiger Ausgleich sichergestellt worden ist.

Der Charakter des Vertrags bringt es mit sich, daß seine Annahme, ungeachtet aller Sicherungen, gewisse Risiken für alle Partner in sich schließt, sowohl für diejenigen, die mit hohen, als auch für jene, die mit niedrigen Kosten produzieren. Dies ist in jedem Fall unvermeidlich. Es wäre ferner vollkommen unrealistisch, zu erwarten, daß unter dem Einfluß der Vertragsbestimmungen alle Schwierigkeiten und Probleme bis zum Ablauf der Uebergangsperiode beseitigt werden könnten. Dies würde nicht dem möglichen Tempo des Fortschritts entsprechen, dem durch die herrschenden soziologischen Bedingungen Grenzen auferlegt sind. Ein gutes Stück auf dem Wege zu einer grundlegenden Verbesserung kann jedoch ohne weiteres bis dahin zurückgelegt sein.

Uebersetzung des Manuskripts aus dem Englischen:
Erwin Klinger, Frankfurt.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Grundrechte des Menschen

Ein Zwischenbericht zur Kodifizierung der Menschenrechte*

Von Dr. J. W. Brügel, London

Vorbemerkung

Seit der letzten in diesen Spalten veröffentlichten Uebersicht über die Arbeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiete der Kodifizierung der Menschenrechte¹ ist nur ein sehr kleiner, praktisch kaum ins Gewicht fallender Fortschritt erzielt worden. Die Vollversammlungen der Jahre 1954, 1955 und 1956/57 sind zu keiner Beschlußfassung über die 1954 von der Kommission für Menschenrechte fertiggestellten zwei Entwürfe von Konventionen gelangt, von denen die eine die politischen, die andere die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundrechte des Menschen umschreiben und unter internationale Garantie stellen soll. Während der Neunten Vollversammlung (1954) hielt der zuständige (dritte) Ausschuß eine allgemeine Aussprache über den Fragenkomplex ab². Die Ausschußberatungen während der Zehnten Vollversammlung kamen nicht über die Präambel, den Artikel 1 beider Entwürfe (Selbstbestimmungsrecht) und den Artikel 2 des Entwurfes über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte (Ausschluß jeder Diskriminierung) hinaus³. In der Tagungsperiode von November 1956 bis März 1957 verabschiedete der Ausschuß insgesamt acht (von 29) Artikel des genannten Entwurfes⁴. Sie erfuhren dabei ziemliche Abänderungen; so wurde das Streikrecht jetzt in den Kreis der zu schützenden Rechte einbezogen. Von den 54 Artikeln des Entwurfes über die politischen Rechte hat bisher erst einer das Ausschußstadium passiert. Da nun 81 (statt früher 60) Staaten in den Ausschüssen der Vollversammlung vertreten sind, haben sich die einer Beschlußfassung entgegenstehenden Hindernisse nur noch vermehrt. Professor *Eustathiades*, der Vertreter Griechenlands im Ausschuß, der auch Mitglied der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Straßburg ist, verwies darauf, daß nach dem bisherigen Tempo sechs weitere Jahre vergehen müßten, ehe die Entwürfe auch nur im Ausschuß verabschiedet werden

können. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, die Beratungen während der Dreizehnten Vollversammlung, die im Herbst 1958 zusammentreten soll, abzuschließen, damit noch diese Vollversammlung zu einem Beschluß in der Sache gelangen kann⁵.

Die schleppende Behandlung dieses Fragenkomplexes ist natürlich vor allem ein Reflex der allgemeinen weltpolitischen Situation, die sich auf jede schöpferische Initiative zugunsten internationaler Zusammenarbeit lähmend auswirkt. Der latente West-Ost-Konflikt überschneidet sich hier mit dem Kampf der dem Kolonialismus entronnenen Länder gegen Staaten mit Kolonialbesitz, wozu noch kommt, daß auch unbestreitbar demokratische Staaten in ihrem Vorgehen jede Zielklarheit vermissen lassen. Eine einheitliche Haltung der demokratischen Staaten innerhalb der Vereinten Nationen hätte längst zu einer Einigung auf einen Text führen müssen, der als ein demokratisches Manifest eine werbende Kraft auch auf die Völker diktatorisch regierter Länder ausgeübt hätte, die an eine Ratifizierung eines solchen Vertragswerkes nicht denken.

Die heftigsten Auseinandersetzungen in den einzelnen Organen der Vereinten Nationen hat es aber nicht um die Formulierung von Rechten gegeben, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 verkündet wurden und jetzt in die Sprache bindender Verpflichtungen gekleidet werden sollen, sondern um die Einfügung eines Rechtes in das Verzeichnis der international zu garantierenden Grundrechte und Freiheiten, dessen ganze Natur umstritten ist und das viele nicht als ein den anderen, sachlich unbestrittenen Rechten vergleichbares Recht ansehen wollen. Nicht weniger als 26 Ausschußsitzungen der Vollversammlung des Jahres 1955 waren der Debatte darüber gewidmet, ob und in welcher Form das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den beiden Konventionsentwürfen verankert werden soll. Darum mag es sich empfehlen,

* Vgl. hierzu die in früheren Folgen des Europa-Archivs erschienenen Beiträge des Verfassers zur Frage der Menschenrechte:

„Die Konvention zur Verhütung und Bekämpfung des Gruppenmordes“, 14/1949, S. 2307–2312;

„Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, 20/1949, S. 2529–2533;

„Die Straßburger Vorschläge zur Sicherung der Menschenrechte“, 3/1950, S. 2794–2800;

„Die Konvention des Europarats über die Menschenrechte“, 1/1951, S. 3615–3619;

„Sicherung des Friedens durch Ausgestaltung des Völkerrechts. Die Arbeiten der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen“, 17/1952, S. 5135–5137;

„Das Zusatzprotokoll zur Straßburger Konvention über die Menschenrechte“, 17/1952, S. 5137–5140;

„Vereinte Nationen und Menschenrechte. Nach der Fertigstellung von zwei Konventionsentwürfen“, 19/1954, S. 6923 bis 6928.

Vgl. ferner Heribert *Golsong*, „Die Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte“ in Europa-Archiv 21/1955, S. 8349–8355.

das Problem einmal in seiner ganzen Breite zu behandeln, wobei die Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen einen Ausgangspunkt für unsere Betrachtung bilden können.

Das Selbstbestimmungsrecht in der Charta der Vereinten Nationen

Verkündet die Charta, wie oft behauptet wird, das Selbstbestimmungsrecht als ein von den Vereinten Nationen zu verwirklichendes Ziel? Hier muß man vorausschicken, daß die englische (ursprüngliche) Fassung der Charta überhaupt den Ausdruck „Selbstbestimmungsrecht“ nicht verwendet, sondern nur von dem „Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker“ spricht⁶. Der Grundsatz wird demnach als gegeben, nicht als ein erst anzustrebendes Ziel behandelt. Die französische Sprache kennt keinen Ausdruck für Selbstbestimmung und kann sich nur durch Umschreibung des Begriffes „Selbstbestimmungsrecht“ behelfen, weshalb die französische Fassung der Charta die Wendung „principe . . . de leur (des peuples) droit à disposer d'eux-mêmes“ gebraucht. Daß die Einfügung des Wortes „droit“ nur ein Notbehelf war, geht aus der spanischen Fassung („principio . . . de la libre determinación de los pueblos“) und der russischen Fassung („na osnowe . . . samoopredelenija narodow“) des Textes der Charta hervor. In bezug auf Kolonien und Gebiete unter Treuhandschaft setzt die Charta den in Betracht kommenden Mitgliedstaaten die Aufgabe, „to develop self-government“, beziehungsweise „to promote . . . their (the inhabitants) progressive development towards self-government or independence“ gemäß der „freely-expressed wishes of the peoples concerned“. (Im französischen Text heißt es gezwungenermaßen abweichend: „de développer leur capacité de s'administrer eux-mêmes“, bezw. „favoriser . . . leur évolution progressive vers la capacité à s'administrer eux-mêmes ou l'indépendance, compte tenu . . . des aspirations librement exprimées des populations intéressées.“) Man könnte das natürlich als eine Umschreibung des Begriffes der Selbstbestimmung ansehen; es ist aber sicher kein Zufall, daß der Gebrauch des Wortes vermieden wird⁷.

Immerhin kann argumentiert werden, daß Selbstbestimmung hier als ein Ziel proklamiert wird. Der Sinn der Verwendung des Wortes in Artikel 1 (und 55) ist weit weniger klar⁸. Dem offiziellen Bericht über die Konferenz von San Francisco zufolge wurde in den Debatten betont, daß man hier nur das Recht der Völker auf Selbstregierung und nicht ein Recht der Losreißung (secession) im Sinne hatte⁹. Auch Professor *Kelsen* gibt in seinem Kommentar zur Charta der Auffassung Ausdruck, daß unter „Selbstbestimmung der Völker“ nichts anderes gemeint sein könne als eine Unterstreichung der Souveränität der Staaten¹⁰. Eine sorgfältige Prüfung des Textes im ganzen Zusammenhang läßt kaum eine andere

Auslegung zu, so unbefriedigend sie auch von jedem Standpunkt sein mag.

Selbstbestimmungsrecht unter den Grundrechten des Menschen?

Die seit Jahren anhaltenden Debatten über diesen Gegenstand in den verschiedenen Organen der Vereinten Nationen knüpfen kaum an den Wortlaut der Charta an. Die Gegner der Aufnahme des Selbstbestimmungsrechtes in die Liste der international zu garantierenden Grundrechte des Menschen kämpfen hier nur ein Rückzugsgefecht, da die Sache bereits von der Sechsten Vollversammlung (1951/52) im positiven Sinne entschieden worden war¹¹ und die Verfechter dieser Entscheidung durch die inzwischen erfolgten Neuaufnahmen von Mitgliedstaaten eine ansehnliche zahlenmäßige Verstärkung erhalten haben. Gegen die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechtes in die Konventionsentwürfe wird immer wieder angeführt, daß es sich um Dinge handle, die auf einer ganz anderen Ebene liegen als die Rechte des Einzelwesens, die es hier zu definieren und zu schützen gelte; das Selbstbestimmungsrecht könne nur von einem Kollektivum in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus wurde, insbesondere von Großbritannien, der Standpunkt vertreten, daß Selbstbestimmung ein politischer Grundsatz, aber nicht ein Recht sei, das mit anderen, etwa mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung, verglichen werden könne. Ueberdies müsse man erst durch eingehendes Studium die Begriffe klären, die keineswegs eindeutig bestimmt seien. Dagegen äußerten die Befürworter der Einbeziehung die Meinung, daß das Selbstbestimmungsrecht die Voraussetzung aller anderen Rechte sei, in deren Genuß man überhaupt nicht gelangen könne, wenn jenes nicht vorher Erfüllung gefunden hat. Die Begriffe seien längst geklärt; nicht Studienarbeit seien notwendig, sondern Taten. In einem Versuch, die Verhandlungen der beiden Konventionsentwürfe vorwärtszubringen, deren Schicksal durch den zeitraubenden Streit um eine wesensfremde Materie gefährdet war, schlug Generalsekretär *Hammarsskjöld* vor, den Komplex des Selbstbestimmungsrechtes ohne direkten Zusammenhang mit den Konventionsentwürfen in einer eigenen Deklaration zu behandeln¹². Aber auch dieser Vermittlungsvorschlag schlug fehl.

Hinter den akademisch klingenden Auseinandersetzungen verbergen sich natürlich sehr reale Interessenkonflikte. Die Staaten, die Gegner der Aufnahme des Selbstbestimmungsrechtes in die Konventionsentwürfe sind — hauptsächlich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Belgien —, sehen in der Frage „politisches Dynamit“, das gegen sie bei jeder Gelegenheit verwendet werden könnte. Aus dem gleichen Grunde beharrt eine aus den kommunistisch regierten Staaten und asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Ländern bestehende

Mehrheit auf der Einbeziehung des Selbstbestimmungsrechtes in die Entwürfe. Für Staaten, wie den Jemen oder Saudi-Arabien, die kaum ein besonderes Interesse an der Garantierung der Pressefreiheit oder des Rechtes auf angemessene Erholung haben können, hat das ganze Problem erst nach Einfügung dieses „Störungsfaktors“ Gestalt und Bedeutung gewonnen.

Der Artikel über das Selbstbestimmungsrecht, der an der Spitze beider Konventionen stehen soll — ein weiterer Beleg dafür, daß man sich über die Natur dieses Rechtes nicht im klaren ist und nicht weiß, ob es den politischen oder den sozialen und wirtschaftlichen Rechten zuzuordnen ist —, hat im Zuge der Ausschußberatungen in zwei Punkten wesentliche Aenderungen erfahren¹³. Die wenig verständliche Unterscheidung zwischen „Völkern“ und „Nationen“ („Alle Völker und alle Nationen haben das Recht auf Selbstbestimmung“) wurde fallengelassen und nur der Ausdruck „Völker“ beibehalten. Da sich im englischen und französischen Sprachgebrauch Nation und Staat decken, könnte man in dieser Aenderung unter Umständen eine Ermunterung von separatistischen Bestrebungen sehen. Bedeutend abgeschwächt wurde weiter die Bestimmung, daß die Völker die „dauernde Oberhoheit über ihren natürlichen Reichtum und ihre Wirtschaftskräfte“ haben. Die Vereinigten Staaten hatten in dieser an sich nur Selbstverständlichkeiten aussprechenden Formulierung eine Gefahr für Auslandsinvestitionen und einen Anreiz zur entschädigungslosen Enteignung gesehen. Der mit 33 gegen 12 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommene Text lautet in Uebersetzung:

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes bestimmen sie ihre politische Stellung frei und gehen frei ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung nach.

2. Unbeschadet aller sich aus auf dem Grundsatz gegenseitigen Nutzens aufgebauter internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und dem Völkerrecht ergebenden Verpflichtungen können die Völker über ihren natürlichen Reichtum und ihre Wirtschaftskräfte frei verfügen. Unter keinen Umständen darf ein Volk der zu seiner Erhaltung notwendigen eigenen Mittel beraubt werden.

3. Alle Staaten, die Partner der Konvention sind, einschließlich solcher, denen die Verwaltung von sich nicht selbst regierenden und unter Treuhandschaft stehenden Gebieten zufallen, haben im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes zu fördern und dieses Recht zu achten.

Es handelt sich um nicht viel mehr als um eine recht zusammenfassende, die verschiedensten Sachverhalte zusammenkoppelnde Prinzipienklärung, aus der niemand konkrete Rechte ableiten kann. Um nur zwei Gesichtspunkte herauszugreifen: wo gibt es ein objektives Kriterium dafür, ob internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Grundsatz ge-

genseitigen Nutzens aufgebaut ist, und inwieweit sind eigene Mittel zur Erhaltung eines Volkes unbedingt notwendig? Gleichzeitig mit der Ausarbeitung der Konventionsentwürfe, aber unabhängig davon, hat die Kommission für Menschenrechte im Auftrag der Vollversammlung¹⁴ Empfehlungen für die praktische Durchführung des Grundsatzes der Selbstbestimmung ausgearbeitet. Danach sollte die Vollversammlung zwei Ausschüsse einsetzen. Der eine hätte die Frage des Rechtes der Völker auf dauernde Oberhoheit über ihren natürlichen Reichtum zu studieren und entsprechende Vorschläge zu machen. Der andere würde als Schlichtungsausschuß im Falle einer behaupteten vollen oder teilweisen Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes auf den Plan treten. Der Wirtschafts- und Sozialrat fügte dem die Empfehlung auf Schaffung einer dritten, aus fünf vom Generalsekretär ernannten Mitgliedern bestehenden Körperschaft hinzu, welche die allgemeinen Gesichtspunkte des Problems der Selbstbestimmung studieren sollte¹⁵. Generalsekretär *Hammar skjöld* schlug statt dessen die Bildung eines einzigen, von der Vollversammlung gewählten Ausschusses für alle diese Zwecke vor¹⁶. Keiner dieser Anträge ist bisher in Verhandlung gezogen worden; auf Antrag Afghanistans — und nicht etwa eines Staates, der der Problematik zweifelnd oder ablehnend entgegensteht — beschloß der dritte Ausschuß der Vollversammlung im Januar 1957, die Verhandlung dieses Gegenstandes bis zur nächsten Session zu vertagen¹⁷. Das zeugt nicht gerade dafür, daß man im Lager der Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes bestimmte Vorstellungen darüber hat, welcher Weg hier einzuschlagen wäre.

Der Ursprung der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht

Um so mehr scheint es geboten, die Dinge einmal ganz nüchtern und sachlich ohne jede Rücksicht auf machtpolitische Erwägungen und Fragen der Auslegung dessen zu prüfen, was „im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen“ sein könnte. Seit 1918 ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein Schlagwort, dem jedermann seine Reverenz erweist, solange es ein abstraktes Prinzip bleibt, dessen begriffliche Konkretisierung man aber, bewußt oder unbewußt, bis heute unterlassen hat¹⁸. „Es ist kein Zufall“, sagte ein englischer Autor vor einiger Zeit, „daß sowohl *Masaryk* als auch *Hitler* unter den Propheten des Selbstbestimmungsrechtes im zwanzigsten Jahrhundert sind“¹⁹. Tatsächlich kann, solange Sinn und Grenzen der Selbstbestimmung sowie die wahre Problematik nicht klargemacht sind, durch Anrufung des Selbstbestimmungsrechtes jeder seine eigenen Aspirationen verfolgen, obwohl durch die ungeschmälerte Verwirklichung dieses Rechtes in jedem Fall die Selbstbestimmung eines anderen leiden muß, wenn sie dadurch nicht überhaupt vernichtet wird.

Der Ruf nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als Protest gegen ihre Rechtlosigkeit stammt aus der internationalen Arbeiterbewegung. Als allgemeine Forderung wurde er zuerst in der politischen Resolution des Internationalen Sozialistischen Kongresses in London (1896) erhoben, und da ist es wieder bezeichnend, daß die Wendung „volle Selbstbestimmung“ nur im deutschen Wortlaut der EntschlieÙung vorkommt, während der englische Text von „full autonomy“ spricht, was begrifflich etwas anderes und inhaltlich viel weniger bedeutet. In der der Beschlußfassung vorangegangenen politischen Aussprache waren Persönlichkeiten vom Rang eines Jean Jaurès und August Bebel zu Wort gekommen, ohne aber das Problem der Selbstbestimmung auch nur zu erwähnen²⁰.

Selbstbestimmung als kommunistisches Propagandaschlagwort

Vor und nach der Machtergreifung in Rußland haben die Bolschewisten die Parole vom Selbstbestimmungsrecht, die sich als ein erwünschtes Sprengmittel erwies, weidlich ausgenützt, und die Forderung nach Selbstbestimmung „bis zur Losreißung“ gehört noch heute zu den wichtigsten Propagandarequisiten des internationalen Kommunismus. In diesem Zusammenhang sei der schreiende Widerspruch zwischen Theorie und Praxis nur am Rande erwähnt: nämlich die Tatsache, daß das Sowjetregime, das dem eigenen Volk jedes Recht vorenthält und andere um die Möglichkeit gebracht hat, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, gleichzeitig der lauteste Anwalt des Selbstbestimmungsrechtes auf der internationalen Tribüne ist. Für den Bereich dieser Untersuchung erscheint wesentlicher als der Nachweis dieser ohnehin offenkundigen Fakten die Feststellung, daß auch die kommunistische Theorie das Selbstbestimmungsrecht nicht als allen anderen Erwägungen vorangehende Forderung betrachtet. *Lenin* verkündete schon 1918, daß das Prinzip der Selbstbestimmung „ein Kampf für den Sozialismus sein und den Prinzipien des Sozialismus untergeordnet werden muß“ (die in seiner Auffassungswelt die der Kommunistischen Partei waren)²¹.

Die Haltung des demokratischen Sozialismus

Aber auch der demokratische Sozialismus, der in den Jahren nach 1918 die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht mit Leidenschaft verfocht, mußte sich später überzeugen, daß sie nicht das Allheilmittel war, als das man sie anfänglich betrachtete. *Otto Bauer*, der wichtigste Theoretiker des demokratischen Sozialismus für den Bereich der Nationalitätenpolitik, hat das 1938 so ausgedrückt²²:

„... ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein Prinzip des Sozialismus, so ist es doch nicht das oberste Prinzip. Der oberste Grundsatz jedes echten Internationalismus erheischt, innerhalb jeder nationalen Bewegung die Inter-

essen der Gesamtbewegung, wie das Kommunistische Manifest sagt, die Interessen des internationalen Befreiungskampfes zu vertreten.“

Diese Worte sind zu Beginn der Sudetenkrise des Jahres 1938 geschrieben worden, ein Umstand, der einen in der ganzen Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht fast unbeachtet gebliebenen, aber für die Beurteilung der Sache entscheidenden Gesichtspunkt ins Blickfeld rückt. Damals stand die Frage einer Volksabstimmung in den später durch die Münchner Entscheidung an Deutschland gefallenen Grenzbezirken der Tschechoslowakei zur Debatte. In dem (von Bauer erörterten) Fall, daß es damals zu einer Abstimmung gekommen wäre, die eine Mehrheit für den Anschluß an Deutschland ergeben hätte, hätte sich die Frage aufgedrängt, ob die Welt die Entscheidung einer Menschengruppe (oder ihrer Mehrheit), auf die Demokratie zu verzichten und sich einer Gewaltherrschaft unterzuordnen, als Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes hätte respektieren müssen, wenn dadurch nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern auch das Lebensrecht einer Minderheit (etwa 800 000 im strittigen Gebiet lebende Tschechen und eine zahlenmäßig nicht erfaßbare Gruppe deutscher Hitlergegner) verneint würde. Schließlich hat auch niemand das Recht, sein eigenes Haus niederzubrennen, weil er damit andere in Gefahr bringt. Selbstbestimmung als eine im Grunde demokratische Forderung hat eben nur im Bereich von Demokratie und Toleranz einen Sinn, dort, wo es um das leidenschaftslose Abwägen von zwei Möglichkeiten geht, von denen keine einem Teil der Betroffenen unerträglich erscheinen darf.

Die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht wurde in der vom Gründungskongreß der Sozialistischen Internationale in Frankfurt im Juli 1951 beschlossenen „Erklärung über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ nicht wieder aufgenommen. Ihr Platz scheint von folgendem Programmpunkt eingenommen zu sein²³:

Die neue Weltordnung, die die Sozialisten erstreben, kann sich nur fruchtbar und friedlich entfalten, wenn sie auf der freiwilligen Zusammenarbeit der Nationen beruht. Dies erfordert Demokratie im Weltmaßstab unter einer internationalen Rechtsordnung, die die Freiheit der Völker und den Respekt der Menschenrechte verbürgt.

Wenn die Ersetzung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Forderung nach der Solidarität freier Völker Absicht gewesen sein sollte, ist das wohl kaum als Abkehr vom Grundsatz der Selbstbestimmung, sondern als Niederschlag der Erkenntnis zu werten, daß allzu einfache Formeln mehr Schaden stiften können als nützen.

Selbstbestimmungsrecht nur für ganze Völker?

Ein Versuch, den Grundsatz „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung“ in die Tat umzu-

setzen, würde zunächst auf die Schwierigkeit stoßen, daß der Begriff „Volk“ alles andere als eindeutig ist. Die Bewohner von Gibraltar beispielsweise sprechen spanisch, lehnen es aber ab, sich als Bestandteil der spanischen Nation zu fühlen. Wer wäre berechtigt, darüber eine autoritative Entscheidung zu fällen? Gesetzt den unwahrscheinlichen Fall, daß es zu einer Abstimmung über den vom Franco-Regime angestrebten Anschluß Gibaltars an Spanien käme: müßte da das ganze spanische Volk abstimmen und wäre nur sein Votum maßgebend, oder ist es nicht vor allem eine Sache der Bewohner Gibaltars, zu bestimmen, wie sie ihre Zukunft gestalten wollen? Daß Völker ihr Schicksal selbst bestimmen können, bedarf eigentlich in der Demokratie keiner besonderen Bekräftigung. Praktisch handelt es sich jedoch außerhalb der Kolonialsphäre meist um Teile oder auch Bruchteile eines Volkes, die eine Veränderung ihres bisherigen Status, sei es durch Verschmelzung mit einem Nachbarstaat, sei es durch Erringung einer autonomen Stellung innerhalb des bisherigen Staatsverbandes oder durch Verselbständigung, anstreben. Aber ist der Staat, an den sich die Bevölkerung einer bestimmten Gegend anschließen will, verpflichtet, falls sich dieser Anschlußwille im Wege einer einwandfreien demokratischen Abstimmung kundtut, ihm Rechnung zu tragen, wenn er selbst daran gar nicht interessiert ist? Besser als theoretische Abhandlungen kann ein praktisches Beispiel dartun, worum es da geht. Das Beispiel, das hier angeführt sei, bezieht sich auf eine längst vergessene Episode, deren Heranziehung für diesen Zweck keinerlei frisch verarbeitete Wunden aufzureißen vermag.

Der Fall Vorarlberg

In dem Chaos nach dem Ersten Weltkrieg strebte die Bevölkerung von Vorarlberg die Loslösung von Oesterreich und den Anschluß an die wirtschaftlich konsolidierte Schweiz an. Das kam in einer Volksabstimmung am 11. Mai 1919 zum Ausdruck, die eine überwältigende Mehrheit für den Anschluß an die Schweiz brachte (47 000 gegen 11 000 Stimmen)²⁴. Vorarlberg betrieb die Sache daraufhin bei der Pariser Friedenskonferenz. Die Schweiz verhielt sich völlig korrekt und zurückhaltend. Die „Großen Vier“, die Autoren des Friedensvertrags von St. Germain, waren schon deshalb bereit, die Wünsche der Vorarlberger zu ignorieren, weil Frankreich eine prozentuelle Schwächung des welschen Elementes in der Schweiz ungern gesehen hätte. Ohne große Schwierigkeiten einigte man sich darauf, in die Verhandlung der Sache überhaupt nicht einzutreten²⁵. So viele Vorwürfe wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes auch an die Adresse der Friedensmacher von Versailles und St. Germain gerichtet wurden, die volle Brückierung der Wünsche der Vorarlberger wurde ihnen doch niemals zur Last gelegt. Mit der fortschreitenden Konsolidierung der Verhältnisse in

Oesterreich geriet die ganze Angelegenheit bald in Vergessenheit. Landeshauptmann Dr. Ender, der 1919 das Plebiszit organisiert hatte, wurde 1930 österreichischer Bundeskanzler, ohne daß ihm jemals der Vorwurf des Separatismus gemacht worden wäre.

Trotzdem vermittelt der Vorfall manche wertvollen Erkenntnisse. Sicher sind die Vorarlberger kein „Volk“; aber können ihre Wünsche aus diesem Grunde allein mißachtet werden? Ihr seinerzeitiger Anschlußwille ist bei der nicht expansionslüsternen Schweiz auf keine Gegenliebe gestoßen. Besteht Selbstbestimmung nur in dem — unbedingt zu respektierenden — Wunsch einer Bevölkerungsgruppe, sich irgendwo anzuschließen, oder ist zur Erfüllung des Begriffes nicht doch auch eine korrespondierende Aufnahmebereitschaft bei dem Partner notwendig? Schließlich lehrt das Vorarlberger Beispiel, daß Volksabstimmungen über staatliche Zugehörigkeit nicht unbedingt einen dauernden und stabilen Volkswillen widerspiegeln müssen. Ein in demokratischen Formen vollzogenes Referendum ist jedem Machtanspruch vorzuziehen²⁶. Eine Abstimmung, die nur in die Annahme oder Verwerfung eines bestimmten Vorschlags münden kann und deren Auswirkungen jede Rücksichtnahme auf die — möglicherweise sehr starke — Minderheit ausschließen, entspricht aber nicht den Anforderungen einer integralen Demokratie, denen auch dadurch nicht Rechnung getragen erscheint, daß die Endgültigkeit einer solchen Entscheidung jede spätere Korrektur durch einen inzwischen anders orientierten Volkswillen unmöglich macht.

Der Fall Togo

Vielleicht noch lehrreicher als das Beispiel Vorarlberg ist ein Fall, der sich in der jüngsten Zeit zugegetragen, aber außerhalb des Kreises der unmittelbar Betroffenen so gut wie keine Aufmerksamkeit gefunden hat, obwohl er nicht nur an sich bemerkenswert ist, sondern darüber hinaus die ganze Problematik des Selbstbestimmungsrechtes mit allen Zweifeln an der Wunderkraft eines vermeintlichen Zaubermittels wie mit einem Scheinwerfer beleuchtet. Es handelt sich um die ehemalige deutsche Kolonie Togo in Afrika, also um ein Problem der Verwirklichung der Selbstbestimmung von Kolonialvölkern; nichtsdestoweniger bringt es Gesichtspunkte ganz allgemeiner Natur an die Oberfläche und wirft Fragen auf, auf die es keine allgemein gültigen Antworten gibt.

Die Grenzen von Togo wurden seinerzeit (Ende des 19. Jahrhunderts) ziemlich willkürlich gezogen. Die deutsche Verwaltung fand 1914 ihr Ende. Togo — etwas größer als Oesterreich, aber nur von 1,5 Millionen Menschen bewohnt — wurde nach dem Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich geteilt, und das wieder recht willkürlich. Britisch-Togo und Französisch-Togo — letzteres größer und durch Besitz eines Küstenstrichs wertvoller — wurden 1920

Völkerbundsmandate und 1946 Treuhandschaftsgebiete. Mit Zustimmung des Völkerbundes und später der Vereinten Nationen wurde Britisch-Togo seit Anbeginn als Bestandteil der damaligen Kolonie Goldküste verwaltet, während Französisch-Togo mit der benachbarten französischen Kolonie Dahomey nicht zusammengelegt wurde. Seit 1947 hatten sich die Vereinten Nationen alljährlich mit den immer dringender vorgetragenen Wünschen von Vertretern des Ewe-Volkes aus beiden Teilen Togos zu beschäftigen, die zunächst die Vereinigung der Ewe-Stämme in einem einzigen Verwaltungsgebiet verlangten und ihre Forderung dann durch den Ruf nach einem einheitlichen Togo ersetzten²⁷. Die Vereinten Nationen, die sich mit diesem Verlangen keinen Rat wußten, suchten zuerst durch platonische Bekenntnisse zu dem Gedanken der Einheit Togos Zeit zu gewinnen. Großbritannien und Frankreich trachteten, sich dieser Haltung durch das Versprechen der Schaffung gemeinsamer Institutionen anzupassen. Sie erwiesen sich bald als Totgeburt. 1954 trat ein völliger Wandel ein, als Großbritannien erklärte, mit der bevorstehenden Verselbständigung der Goldküste auch die Treuhänderschaft über Britisch-Togo aufgeben zu wollen. Von da an war ein einheitliches Togo nicht mehr ein Ziel der Vereinten Nationen. Die Vollversammlung des Jahres 1955 erlegte Großbritannien auf, die Wünsche der Bevölkerung Britisch-Togos im Wege einer von den Vereinten Nationen überwachten Volksbefragung festzustellen. Den Abstimmenden sollte die Frage vorgelegt werden, ob sie Beendigung des Treuhandschaftsverhältnisses durch Zusammenschluß mit der selbständigen Goldküste oder vorläufige Weiterführung der Treuhänderschaft wollen²⁸. Die Abstimmung — die erste in einem Treuhandschaftsgebiet — fand am 9. Mai 1956 statt und wurde unter Bedingungen abgehalten, denen allseits das Prädikat „fair“ zuerkannt worden ist. Das Ergebnis der Abstimmung war aber alles andere als eindeutig. Von 190 000 registrierten Wahlberechtigten haben sich 160 000 an der Abstimmung beteiligt. 93 000 (58 vH) sprachen sich für den Anschluß an die Goldküste aus, 67 000 (42 vH) für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustands. Ein so hoher Hundertsatz von Stimmen zugunsten eines *status quo*, der hinter der Unabhängigkeitsidee weit zurückbleibt, würde überraschen, wenn man nicht wüßte, daß sich darin der Protest gegen die ganze Fragestellung verbirgt, der die Abstimmung fragwürdig machen muß. In keiner Weise konnten die Abstimmenden ihre eventuelle Bereitwilligkeit zum Anschluß an die Goldküste als an einen Bundesstaat statt an ein zentralistisch organisiertes Staatsgebilde ausdrücken. Dem Wunsch nach Vereinigung mit Französisch-Togo, also dem eigentlichen Problem des Landes, konnte man nur indirekt durch eine Stimme für den *status quo* Ausdruck verleihen. Tatsächlich hat auch die Mehr-

heit in den von den Ewe bewohnten südlichen Bezirken gegen die Verschmelzung mit Ghana gestimmt (36 000 gegen 16 000 Stimmen)²⁹.

Inzwischen hatte sich Frankreich — vielleicht, um die Anziehungskraft einer unabhängigen Goldküste auf Französisch-Togo abzuschwächen — zu einem drastischen Schritt entschlossen. Ein am 24. August 1956 ausgegebenes Dekret³⁰ erklärte Französisch-Togo zur „Autonomen Republik Togo“ unter dem Schutze Frankreichs, das sich nur die Führung der auswärtigen Angelegenheiten und der Verteidigung vorbehielt. Ueber Annahme oder Ablehnung dieses Statuts sollte die Bevölkerung abstimmen. Frankreich wünschte die Entsendung einer Ueberwachungskommission der Vereinten Nationen zur Abstimmung, doch erhielt der diesbezügliche Antrag im Treuhandschaftsrat keine Mehrheit³¹ — ein Ausdruck des Mißtrauens gegenüber den Absichten der französischen Regierung. Die Abstimmung wurde dann ohne internationale Ueberwachung am 28. Oktober 1956 abgehalten. Von 438 000 Wahlberechtigten haben sich 335 000 an der Abstimmung beteiligt. 313 000 Stimmen wurden für das neue Statut, 22 000 für die Aufrechterhaltung des Treuhandschaftsverhältnisses abgegeben³². Eine andere Alternative, etwa Modifizierung des Unabhängigkeitsstatuts, gab es nicht.

Im zuständigen (vierten) Ausschuß der Elften Vollversammlung der Vereinten Nationen wurden verschiedene Vertreter der Bevölkerung von Französisch-Togo über ihren Wunsch gehört. Die eine Gruppe bezeichnete die Ausrufung der Republik als geschichtlichen Fortschritt und beschwor die Vereinten Nationen, die Beendigung der Treuhandschaft durch Erringung der Selbständigkeit anzuerkennen. Die andere Gruppe behauptete, die Abstimmung sei von einigen politischen Parteien und weiten Bevölkerungsschichten boykottiert worden; sie habe nur einen Versuch dargestellt, die Welt irrezuführen, während in Wirklichkeit keine Aenderung vor sich gegangen sei. Die Vollversammlung beschloß³³, sich zunächst durch Entsendung einer sechsgliedrigen Kommission in die „Autonome Republik Togo“ von der Natur der behaupteten Selbständigkeit zu überzeugen. Ähnlich wie Vertreter Französisch-Togos hatten vorher schon Sprecher eines Teiles der Bevölkerung von Britisch-Togo — denen anderslautende Äußerungen anderer Repräsentanten dieses Gebietes entgegenstanden — in New York gegen die Anerkennung der Ergebnisse der Abstimmung in ihrer Heimat protestiert, weil dadurch jede Möglichkeit der Vereinigung des Ewe-Volkes in einem Staat³⁴ oder der Schaffung eines einheitlichen Togo verschüttet werde. Es verdient festgehalten zu werden, daß sich bei dieser Gelegenheit nicht ein einziger Mitgliedstaat des Selbstbestimmungsrechtes des Ewe-Volkes annahm³⁵. Ohne Gegenstimme (bei 9 Enthaltungen) wurde der Beendigung des Treuhandschaftsverhältnisses in Bri-

tisch-Togo und der Eingliederung des Gebietes in den neuen Staat Ghana zugestimmt³⁶.

Die Ignorierung der Wünsche der Bevölkerung des südlichen Teiles von Britisch-Togo durch die Vereinten Nationen war wohl vor allem eine Verlegenheitslösung. Großbritannien hätte sich zweifellos geweigert, ein Treuhandregime für ein verhältnismäßig kleines Gebiet neu aufzurichten. Interessanterweise war die Initiative zu dem gefaßten Beschluß von Indien ausgegangen. Für Staaten wie Indien war der Wunsch maßgebend, Ghana wirtschaftlich und politisch zu stärken. Von einer höheren Warte aus gesehen, läßt sich zweifellos sehr viel zugunsten eines solchen Standpunktes anführen. Auch unabhängig davon mag der Anschluß an Ghana für Britisch-Togo nach einer fast vierzigjährigen Periode der gegenseitigen Verflechtung, die natürlich ihre materiellen und psychologischen Auswirkungen haben muß, die naturgegebene oder die optimale Lösung sein. Aber inwieweit darf man objektiven Tatsachen den Vorrang vor subjektiven Empfindungen einräumen?

Es schien angebracht, den reichlich verwickelten Fall

Togo ausführlicher darzustellen, weil er ein nützliches Stück Anschauungsunterricht aus der allerjüngsten Geschichte darstellt, ohne irgendwelche europäischen Empfindlichkeiten zu verletzen. Wenn in Afrika, wo sich erst ein staatliches und nationales Bewußtsein zu bilden beginnt, das, was dem einen als *summum jus* erscheint, sich dem anderen als *summa injuria* offenbart, gilt das naturgemäß doppelt für Teile der Welt, in denen der Zusammenstoß divergierender politischer und nationaler Leidenschaften nichts Neues ist. Es besagt kaum etwas gegen den Grundsatz der Selbstbestimmung, scheint aber gründlich den weit verbreiteten Glauben zu widerlegen, daß wir es hier mit einer Zauberformel zu tun haben, deren Anwendung allein die drängenden Probleme der Zeit zu lösen vermag. Nicht im Auspielen eines Sonderinteresses gegen ein anderes, sondern in der Schaffung eines Systems internationaler demokratischer Zusammenarbeit liegt eine Garantie dafür, daß in Zukunft über Völker und Teile eines Volkes nicht unter Mißachtung der Gefühle, Wünsche und Forderungen der Betroffenen entschieden wird.

Anmerkungen

- ¹) Vgl. Europa-Archiv 19/1954, S. 6923—6928.
- ²) Ausschlußbericht an die Vollversammlung A/2808.
- ³) Ausschlußbericht A/3077.
- ⁴) Ausschlußbericht A/3525.
- ⁵) Ausschlußbericht A/3524.
- ⁶) Artikel 1, Absatz 2, der Charta nennt unter den Zielsetzungen der Organisation: "to develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples..."
- ⁷) Siehe dazu Benjamin Rivlin, "Self-Determination and dependent Areas" in: *International Conciliation* (New York), Nr. 501, 1955.
- ⁸) "The term 'self-determination' was crowded into Article 1 of the Charter without relevance and without explanation; and upon this basis delegates are today making fantastic claims". (Clyde Eagleton, "Excesses of Self-Determination" in: *Foreign Affairs* (New York), Juli 1953, S. 592—604.
- ⁹) U.N.C.I.O. (United Nations Conference on International Organisation), New York 1945, Band VI, S. 296.
- ¹⁰) Hans Kelsen, "The Law of the United Nations", London 1950, S. 52.
- ¹¹) Resolution 545 (VI) vom 5. Februar 1952.
- ¹²) Sitzungsberichte A/C. 3/SR. 633 und A/C. 3/SR. 637.
- ¹³) Ursprünglicher Wortlaut in Europa-Archiv 19/1954, S. 6924.
- ¹⁴) Resolutionen 637 C(VII) vom 16. Dezember 1952, 738 (VIII) vom 28. November 1953 und 837(IX) vom 14. Dezember 1954.
- ¹⁵) Resolution 586(XX)D vom 29. Juni 1955.
- ¹⁶) A/C. 3/SR. 633.
- ¹⁷) Ausschlußbericht A/3515.
- ¹⁸) Eine neuere deutsche Veröffentlichung (Dr. Günter Decker, "Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", Göttingen 1955) geht leider auch an der wahren Problematik fast ganz vorbei und enthält eine Reihe befremdlicher Formulierungen.
- ¹⁹) Dr. F. S. Northedge, "National Self-Determination, the Adventure of a Moral Principle" in: *International Relations* (London), April 1955, S. 84.
- ²⁰) International Socialist Workers' and Trade Unionists' Congress, London 1896.
- ²¹) Boris Meissner, "Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht", Köln 1956, S. 268. Hier finden sich auch andere einschlägige Zitate.
- ²²) Sozialistischer Kampf (Paris), Juni 1938.
- ²³) Abgedruckt in: "Wesen und Werden der Sozialistischen Internationale" (hrsg. vom SPD-Vorstand), Bonn 1953, S. 67.
- ²⁴) Sarah Wambough, "Plebiscites since the World War", Washington 1933, Band I, S. 513—15, Band II, S. 541—42.

(Die Verfasserin hat außer diesem Standardwerk über die nach dem Ersten Weltkrieg abgehaltenen Volksabstimmungen ein anderes Buch veröffentlicht, das die Volksabstimmungen vor 1914 behandelt: "A Monography on Plebiscites", New York 1920. Eine zusammenfassende Darstellung der nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführten Volksabstimmungen wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen vorbereitet.)

²⁵) "Documents on British Foreign Policy 1919—1939", First Series, Vol. I, London 1947, S. 571—72; Vol. II, London 1951, S. 534—35 und 542—43.

²⁶) Mit Recht sagt Sarah Wambough über das Plebiszit: "There is no other satisfactory method of ascertaining the popular will" ("Plebiscites since the World War", a. a. O., Band I, S. 493).

²⁷) Die Entwicklung bis August 1956 ist zusammenfassend dargestellt bei James S. Coleman, "Togoland" in: *International Conciliation* (New York), Nr. 509, 1956.

²⁸) Resolution 944(X) vom 15. Dezember 1955.

²⁹) *United Nations Review*, Juni 1956.

³⁰) Décret No. 56—847 du 24 août 1956 portant statut du Togo, *Journal Officiel*, 26. August 1956, S. 8173—76.

³¹) Bericht über die Sitzung des Treuhandsrates vom 13. August 1956, T/SR. 744.

³²) Sonderbericht des Treuhandsrates über das Problem Togo (19. Dezember 1956), A/3169/Add. 1.

³³) Resolution A/RES/455 vom 23. Januar 1957. (Siehe dazu Ausschlußbericht A/3449/Add. 1.)

³⁴) 376 000 Angehörige des Ewe-Volkes leben im Gebiet der seinerzeitigen britischen Kolonie Goldküste und sind jetzt mit den 137 000 Angehörigen dieses Volkes aus dem ehemaligen Britisch-Togo in einem Staat vereinigt. Einer der führenden Politiker Ghanas, der Finanzminister K. A. Gbedemah, Stellvertreter Nkrumahs in der Parteiführung, ist ein Ewe und zugleich ein Vorkämpfer der Eingliederung Britisch-Togos in Ghana. Die Angaben über die Zahl der Ewe-Bevölkerung in Französisch-Togo schwanken, da die französischen Behörden eine Reihe von Stämmen jetzt nicht mehr dem Ewe-Volke zurechnen. Infolgedessen ist die offiziell bekanntgegebene Zahl von 290 000 (im Jahre 1947) inzwischen auf 174 400 zusammengeschrumpft.

³⁵) Auch der Sowjetblock verzichtete hier auf eine Möglichkeit, sich zum Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes aufzuwerfen, da es ihm offenkundig wichtiger erschien, um die Gunst Ghanas zu werben.

³⁶) Resolution A/RES/425 vom 13. Dezember 1956 (siehe dazu Ausschlußbericht A/3449).

Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Bulganin und Bundeskanzler Adenauer über die deutsch-sowjetischen Beziehungen

Schreiben Bulganins an Adenauer vom 18. März 1957

(Vom sowjetischen Botschafter in Bonn überreicht am 20. März)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der Botschafter der Bundesrepublik, Herr Haas, hat mir am 27. Februar Ihr Schreiben* übergeben. Meine Kollegen und ich haben dieses Schreiben aufmerksam studiert und vermerken mit Befriedigung Ihr Einverständnis mit unserer Meinung, daß es notwendig ist, zu konkreten Schritten zur Besserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern überzugehen und die für die beiden Seiten nützlichen Verbindungen auszubauen.

Wie aus Ihrem Schreiben zu ersehen ist, sind wir jetzt zu der einheitlichen Auffassung gelangt, daß in nächster Zeit Regierungsverhandlungen in den Fragen der Regelung und Ausdehnung der Handelsverbindungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland geführt werden müssen. Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um Ihnen mitzuteilen, daß die Sowjetregierung bereit ist, solche Verhandlungen in Moskau oder Bonn im April zu beginnen, wenn dieser Zeitpunkt für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland annehmbar ist.

Ich bin mit Ihnen der gleichen Meinung, daß die Fragen der kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit Erfolg für den Anfang auf diplomatischem Wege erörtert werden können. Unsere konkreten Vorschläge zu diesen Fragen werden in nächster Zeit mitgeteilt werden.

Die Vorschläge hinsichtlich einer Konsularkonvention, die, wie Sie mitteilen, der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau unterbreiten wird, werden unsererseits mit gebührender Aufmerksamkeit studiert werden.

Was solche in Ihrem Brief, Herr Bundeskanzler, aufgeworfene Fragen betrifft, wie die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der NATO und das Problem der Vereinigung Deutschlands, deren Lösung die Sowjetregierung große Bedeutung beimißt, so ist zuzugeben, daß wir da nach wie vor verschiedene Standpunkte vertreten. Insbesondere kann ich mich mit Ihren Auffassungen hinsichtlich der Deutschen Demokratischen Republik nicht einverstanden erklären.

Wir bedauern sehr, daß die Regierung der Bundesrepublik es nach wie vor nicht für möglich erachtet, realistisch, ohne vorgefaßte Meinung, an die Einschätzung der entstandenen Lage zu gehen, wo bereits mehr als sieben Jahre zwei souveräne deutsche Staaten bestehen, von denen jeder seine Verfassung, sein Parlament und

seine Regierung hat. Es ist leicht zu begreifen, daß die Deutsche Demokratische Republik nicht geneigt ist, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf ihr Territorium die in der Bundesrepublik bestehenden Verhältnisse ausgedehnt werden. Erklärt doch auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, nicht damit einverstanden zu sein, daß die in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Bundesrepublik übertragen werden. Schon daraus ist zu ersehen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands Verhandlungen und ein Uebereinkommen zwischen den beiden deutschen Staaten erfordert und daß es keinen anderen Weg zur Erreichung dieses Ziels gibt.

Ich halte jedoch nicht für zweckmäßig, im einzelnen in diesem Brief darauf einzugehen, um so weniger als, wie Sie schreiben, die Bundesregierung beabsichtigt, ihre Auffassungen in einer besonderen Note ausführlicher darzulegen, was uns gestatten wird, den Meinungsaustausch in den genannten wichtigen Fragen fortzusetzen.

Und schließlich noch eine Bemerkung. Aus den Schreiben, die wir, Sie, Herr Bundeskanzler, und ich, gewechselt haben, kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß die Regierungen unserer beiden Länder dem ernste Bedeutung beimessen, daß sich die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Freundschaft entwickeln. In diesem Zusammenhang kann ich nicht umhin zu vermerken, daß die kürzlichen Ausführungen des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten der Bundesrepublik, von Brentano, die jeglicher Grundlage entbehrende Äußerungen und direkte Ausfälle gegenüber der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik enthielten, nur Bedauern hervorrufen können. Derartige Erklärungen des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland entsprechen keineswegs den Interessen der Besserung der Beziehungen zwischen unseren Staaten, die die Sowjetregierung aufrichtig erstrebt.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, die Versicherung meiner tiefen Hochachtung für Sie entgegenzunehmen.

N. Bulganin

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 10 vom 1. April 1957.

Antwortschreiben Adenauers an Bulganin vom 13. April 1957

(Vom deutschen Botschafter in Moskau überreicht am 16. April)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihren Brief vom 18. März, den Herr Botschafter Smirnow mir am 20. März übergeben hat, habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen.

Um das weitere Verfahren in den Fragen, über die auf

Grund unseres Briefwechsels nunmehr in Verhandlungen eingetreten werden könnte, zu vereinfachen, wird der deutsche Botschafter in Moskau Herrn Außenminister

*) Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 7/1957, S. 9749.

Gromyko eine Note übergeben. Ich selbst kann mich daher hier auf einige grundsätzliche Ausführungen beschränken.

Ich bin, wie ich Ihnen sagen muß, betroffen, daß Ihr zweiter Brief auf die in Ihrem ersten Schreiben vom 5. Februar d. J. berührte Frage der Repatriierung überhaupt nicht eingeht, obwohl ich in meiner Antwort mit großem Ernst darauf hingewiesen hatte, welche Bedeutung dieses Problem in den Augen der Bundesregierung und des deutschen Volkes besitzt. Wir haben den Sinn der ins Auge gefaßten deutsch-sowjetischen Verhandlungen übereinstimmend darin gesehen, daß sie zu einer Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen beitragen können. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn unser im September 1955 in Moskau erzielltes Uebereinkommen über die Repatriierungsfrage im Gesamtrahmen der jetzt zwischen unseren beiden Ländern zu lösenden Fragen verwirklicht wird.

Sie haben sodann dem Bundesminister des Auswärtigen, Herrn von Brentano, vorgeworfen, daß seine Äußerungen in jüngster Zeit nicht im Interesse einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Staaten lägen. Dieser Kritik am deutschen Außenminister, der das Vertrauen der Bundesregierung ebenso wie mein persönliches Vertrauen uneingeschränkt genießt, muß ich nachdrücklich widersprechen. Herr von Brentano hat in seinen Ausführungen über die Außenpolitik der Sowjetunion lediglich den Gefühlen des deutschen Volkes Ausdruck gegeben, das in seiner Gesamtheit über die Haltung der Sowjetunion in der Frage der deutschen Einheit tief enttäuscht ist. Ich möchte es mir im übrigen versagen, hier auf die unbegründeten schweren Beschuldigungen einzugehen, die in amtlichen Erklärungen der sowjetischen Regierung wiederholt gegen die Bundesrepublik erhoben worden sind und ständig weiter erhoben werden — Äußerungen, die gewiß nicht im Interesse der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Staaten liegen können.

Das Streben des ganzen deutschen Volkes nach Wieder-

herstellung seiner nationalen Einheit kann nicht durch eine Berufung auf die angebliche Existenz zweier deutscher Staaten aus der Welt geschafft werden. Es ist unrealistisch, die sogenannte Deutsche Demokratische Republik, deren Staatsgewalt nicht legitim zustande gekommen ist und die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, als eine Realität im Leben des deutschen Volkes zu bezeichnen. Es gibt aber eine Realität, die im geschichtlichen Werden Deutschlands verwurzelt ist: Das deutsche Volk ist ein Volk. Es verlangt nichts anderes als sein natürliches Recht, in einer von ihm selbst freigewählten Ordnung in einem Staate zu leben, ein Recht, das auch von den Alliierten des letzten Weltkrieges, auch von der Sowjetunion, stets anerkannt worden ist.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich habe mich bei diesen freimütigen Ausführungen von dem ernststen Willen leiten lassen, der Sache des Friedens und der Verständigung zwischen unseren Völkern durch eine offene Darlegung der realen Verhältnisse zu dienen. Es würde unseren gemeinsamen Bemühungen nur schaden, wenn wir die Augen vor den entscheidenden Problemen verschließen wollten. Die zwischen unseren beiden Völkern entstandene Spannung und Entfremdung läßt sich nur dadurch beheben, daß ihre tieferen Ursachen beseitigt werden.

Ich bitte Sie, meine Ausführungen in diesem Sinne aufzunehmen und davon überzeugt zu sein, daß das deutsche Volk den aufrichtigen Wunsch hat, als ein freies Volk in einer friedlichen Ordnung auch mit den Völkern der Sowjetunion zu leben.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Adenauer

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Mitteilung an die Presse Nr. 382 vom 17. April 1957.

Verbalnote an die sowjetische Regierung vom 17. April 1957

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, im Auftrag ihrer Regierung dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

Die Bundesregierung bezieht sich auf den Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Seiner Exzellenz dem Vorsitzenden des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Herrn N. A. Bulganin, und ist bereit, in Verhandlungen mit der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Regelung von Fragen der deutsch-sowjetischen Beziehungen einzutreten. Sie hat den Wunsch, in diesen Verhandlungen Vereinbarungen über die künftige Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern und über die Durchführung der vom Leiter der sowjetischen Delegation bei den deutsch-sowjetischen Regierungsverhandlungen im September 1955 zugesagten Repatriierung der deutschen Staatsangehörigen aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in die Bundesrepublik Deutschland zu treffen. Sie wird ferner Vorschläge für gleichzeitige Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens über konsularische Befugnisse machen, das vor allem dazu dienen soll, einen geregelten Verkehr der mit

der Wahrnehmung konsularischer Amtsbefugnisse betrauten Beamten mit den Behörden des Gastlandes und den sich im Gastlande aufhaltenden eigenen Staatsangehörigen zu gewährleisten.

Als Verhandlungsort schlägt die Bundesregierung Moskau vor. Sie ist bereit, alsbald eine Verhandlungsdelegation nach Moskau zu entsenden, deren Leiter im Range eines außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters stehen und ermächtigt sein wird, die zu treffenden Vereinbarungen zu paraphieren. Der genaue Termin des Verhandlungsbegins kann unverzüglich auf diplomatischem Wege vereinbart werden. Als Ort der Unterzeichnung der zu treffenden Vereinbarungen schlägt die Bundesregierung Bonn vor.

Die Botschaft bittet um Mitteilung, ob die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit den vorstehenden Verhandlungsvorschlägen einverstanden ist.

Die Botschaft benutzt auch diesen Anlaß, um dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Mitteilung an die Presse Nr. 382 vom 17. April 1957.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. April 1957

Die Ereignisse in Europa

Bulgarien

2. Abschluß der am 28. März aufgenommenen Besprechungen zwischen Regierungsdelegationen unter Leitung des rumänischen Ministerpräsidenten, Chivu Stoica, und des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei, Georghe Gheorghiu-Dej, sowie des bulgarischen Ministerpräsidenten, Anton Jugoff, und des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens, Todor Schiwkoff. In einer Gemeinsamen Erklärung unterstreichen die Verhandlungspartner die „unverbrüchliche Freundschaft“ zwischen den beiden Völkern und beichtigen die Vereinigten Staaten der Absicht, nach der Ausschaltung Frankreichs und Großbritanniens die Herrschaft im Mittleren Osten an sich zu reißen. Sie verurteilen den ungarischen Volksaufstand und betonen die Einheit des sozialistischen Lagers „mit der Sowjetunion an der Spitze“. Die Regierungen vereinbaren den Abschluß eines Warenaustauschabkommens und gegenseitige technische Hilfeleistung auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Erdölförderung.
- 8.—11. Eine Delegation der Kommunistischen Partei Frankreichs unter Führung des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees Etienne Pejean führt Besprechungen mit Vertretern der Kommunistischen Partei Bulgariens. In einer Gemeinsamen Erklärung werden die „kriegslüsternden Bestrebungen der imperialistischen Staaten“ verurteilt und „die letzthin verbreitete Idee zu einem nationalen Kommunismus“ abgelehnt.

Deutschland

1. Einberufung der ersten Wehrpflichtigen zu Heeres-einheiten der Bundeswehr.
2. In Saarbrücken konstituiert sich das Schiedsgericht zur Auslegung des deutsch-französischen Saarvertrages unter dem Vorsitz von Roberto Ago (Italien). Weitere Mitglieder sind: Fernand Dehousse (Belgien) als stellvertretender Vorsitzender, M. La Roque (Frankreich), Gaudemet Sozie (Frankreich), Georges Kaekenbeck (Belgien), Eduard Hambro (Norwegen), Adolf Schule (Deutschland), Karl Maria Hettlage (Deutschland), Gunnar Lagergren (Schweden) und Hans Huber (Schweiz).
3. In einer vor der Volkskammer der DDR verlesenen Regierungserklärung protestiert Ministerpräsident Otto Grotewohl gegen die Lagerung von nuklearen Waffen in der Bundesrepublik und gegen die Errichtung des gemeinsamen europäischen Marktes und der Euratom-Gemeinschaft.
4. Die Deutsche Zentrumsparterie gibt bekannt, daß sie den am 22. Juli 1956 vollzogenen Zusammenschluß mit der Christlichen Volkspartei des Saarlandes als nicht mehr bestehend betrachte, da die CVP entgegen den Vereinbarungen Verhandlungen mit der CSU über ein Wahlabkommen aufgenommen habe.
5. Auf einer Pressekonferenz erklärt Bundeskanzler Adenauer, daß die Bundesrepublik keine schweren Atomwaffen besitze. In der normalen Bewaffnung, zu der die taktischen Atomwaffen schon beinahe gehörten, müsse man jedoch die modernsten Typen besitzen. Eine Entspannung der internationalen Lage könne nicht damit herbeigeführt werden, daß sich ein Land von der waffentechnischen Entwicklung ausschließe. Am 9. April wendet sich der Vorsitzende der FDP, Reinhold Maier, vor der Presse nachdrücklich gegen eine Atomrüstung der Bundeswehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da sie ein neues schwerwiegendes Hindernis für die Wiedervereinigung bilden würde. Am 12. April veröffentlichen 18 deutsche Atomwissenschaftler in Göttingen eine Erklärung, in der sie sich für einen Verzicht der Bundesrepublik auf den Besitz von Atomwaffen aussprechen und jede Beteiligung an der Herstellung, Erprobung und dem Einsatz von Atomwaffen verweigern. Am 14. April begrüßt der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenauer, auf einer Kundgebung in Wiesbaden die Erklärung der Wissenschaftler und richtet in diesem Zusammenhang scharfe Angriffe gegen die Bundesregierung.
- 5.—7. Im „deutsch-englischen Gespräch“ in Königswinter erörtern 200 Parlamentarier, Wirtschaftler, Wissenschaftler und Publizisten aus beiden Ländern Probleme der Nordatlantikpakt-Organisation, die Lage in Osteuropa und in den afrikanisch-asiatischen Ländern sowie „Europas gemeinsame Ziele“.
6. Auf dem Landesparteitag der CDU Hessen in Frankfurt am Main betont Bundesaußenminister Heinrich von Brentano, daß nicht die deutschen Grenzen von 1939, sondern die Grenzen von 1937 anzustreben seien. Er hoffe, daß das Recht der Sudetendeutschen auf ihre Heimat im Gespräch mit der Tschechoslowakei so geregelt werden könne, daß den Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei der Schutz eines starken Minderheitenrechts gewährt werde. Auf einer Parteiveranstaltung des GB/BHE in Wetzlar erklärt hingegen der stellvertretende Parteivorsitzende, Frank Seiboth, eine künftige gesamtdeutsche Regierung müsse eine Festlegung der Grenzen einschließlich des Memelgebietes und des Sudetenlandes fordern. Am 12. April erklärt der Erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenauer, auf einer Pressekonferenz, die Forderung des GB/BHE, daß ein künftiges Gesamtdeutschland auch das Sudetenland und das Memelgebiet umfassen müsse, entspringe „großdeutschen Vorstellungen“, die abzulehnen seien.
9. Auf Anweisung des Bundesverfassungsgerichts verfügt das saarländische Innenministerium die Auflösung der Kommunistischen Partei im Saarland, da sie eine Ersatzorganisation der für verfassungswidrig erklärten KPD sei.
11. Der Bundestag nimmt in dritter Lesung gegen die Stimmen der SPD und des GB/BHE das Gesetz über den Wehrbeauftragten an. Das Soldatenversorgungsgesetz wird in dritter Lesung einstimmig verabschiedet. Ein von der FDP eingebrachter Gesetzentwurf

über eine Amnestie für politische Straftaten wird abgelehnt.

12. Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR gibt die Errichtung eines Wirtschaftsrates unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bruno Leuschner bekannt. Der Wirtschaftsrat soll die Aufgabe haben, die verschiedenen Wirtschaftszweige zu koordinieren, und hat zu diesem Zweck die erforderlichen Anweisungsbefugnisse.

Finnland

9. Die Außenminister der nordischen Staaten, Ralf Törngren (Finnland), Gudmundur I. Gudmundsson (Island), Halvard Lange (Norwegen), Östen Undén (Schweden) und der stellvertretende dänische Außenminister, Ernst Christiansen, treffen sich zu einer zweitägigen Konferenz in Helsinki. In einem Abschlußkommuniqué wird mitgeteilt, daß auf der Konferenz Maßnahmen betr. die Errichtung eines nordischen Instituts für theoretische Kernphysik und die Koordinierung des Verkehrswesens der Länder beraten worden seien. Die Außenminister sprechen sich für eine endgültige Regelung der Suezkanalfrage im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen aus. Auf die Abrüstungsfrage eingehend, wird der Vorschlag Norwegens bei den Vereinten Nationen unterstützt, der eine Anmeldung aller Kernwaffenversuche empfiehlt. Der norwegische Außenminister, Halvard Lange, erklärt gegenüber finnischen Pressevertretern, daß in der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen die Frage einer ständigen militärischen Einsatzbereitschaft erörtert werden könne. Zwar sei die Errichtung einer ständigen Internationalen Streitmacht unwahrscheinlich. Lange schlägt statt dessen vor, daß gewisse Länder abwechselnd einsatzbereite Streitkräfte zur Verfügung halten sollen.

Frankreich

5. Die Nationalversammlung beschließt die Umwandlung Kameruns in einen „Staat unter Treuhänderschaft“, dem größere Selbstverwaltungsbefugnisse eingeräumt werden. Frankreich wird sich auf Grund dieses Beschlusses nur die Ausübung der Pflichten vorbehalten, die ihm als Treuhänder übertragen worden sind. Die Nationalversammlung stimmt außerdem der Zusammenfassung der französischen Südsee-Besitzungen zu einer Selbstverwaltungseinheit „Französisch Polynesien“ zu.
8. Die britische Königin, Elizabeth II., trifft zu einem dreitägigen Staatsbesuch ein.

Großbritannien

1. Vor dem Unterhaus berichtet Premierminister Harold Macmillan über das Treffen mit Präsident Eisenhower in Bermuda (vgl. den Wortlaut der Ergebnisse der Konferenz in EA 8/1957, S. 9786) und nimmt zur außenpolitischen Lage Stellung. Macmillan nennt die bisherigen ägyptischen Vorschläge für eine Regelung der Schifffahrt im Suezkanal unbefriedigend. Er spricht sich für ein weiteres Verbleiben der Internationalen Streitmacht im ägyptisch-israelischen Grenzgebiet aus und nimmt für alle Nationen das Recht der freien Schifffahrt im Golf von Akaba in

Anspruch. Gegenwärtig würden neue Projekte für den Transport des Erdöls aus dem Mittleren Osten geprüft. So sei u. a. eine große Erdölleitung durch die Türkei vorgesehen. Macmillan betont, daß Präsident Eisenhower auf Bermuda versichert habe, daß den Vereinigten Staaten nicht an einer Verminderung, sondern an einer Stärkung des britischen Einflusses im Mittleren Osten gelegen sei. Macmillan deutet die Möglichkeit einer Konferenz der Premierminister des Commonwealth im Laufe des Jahres an. In seiner Antwort empfiehlt der Vorsitzende der Labour Party, Hugh Gaitskell, zur Verminderung der internationalen Spannungen den Abzug der fremden Streitkräfte aus der Bundesrepublik einerseits und der DDR, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn andererseits. Dies solle mit einer Vereinbarung über die Abrüstung oder Kontrolle der Streitkräfte in diesen Gebieten verbunden sein.

4. Veröffentlichung eines Weißbuchs der britischen Regierung über die Umrüstung der Streitkräfte. Das Buch geht davon aus, daß Großbritannien bisher im Rahmen der westlichen Verteidigung einen unverhältnismäßig hohen Beitrag geleistet habe. Es sei beabsichtigt, bis Ende 1960 die allgemeine Dienstpflicht abzuschaffen und bis Ende 1962 die Streitkräfte von gegenwärtig 690 000 Mann auf 375 000 Freiwillige zu reduzieren. Bereits für die nächsten zwölf Monate sei eine Verminderung der Mannschaftsstärke um 65 000 vorgesehen. Der wesentliche Akzent der britischen Rüstung werde in Zukunft bei der Ausrüstung mit abschreckenden Kernwaffen liegen.
5. Der indonesische Botschafter überreicht dem Außenministerium eine Note, in der die indonesische Regierung gegen die geplante Durchführung von Versuchen mit thermonuklearen Waffen auf der Christmas-Insel im Pazifik protestiert. Gleichzeitig hält sich Masatoschi Matsushita als Vertreter des japanischen Ministerpräsidenten in London auf, um in Besprechungen mit der britischen Regierung japanische Bedenken gegen die geplanten britischen Kernwaffenversuche geltend zu machen.
9. Das von Schatzkanzler Peter Thorneycroft im Unterhaus eingebrachte Budget für das Haushaltsjahr 1957/58 sieht Einnahmen in Höhe von 5289 Millionen Pfund Sterling (im Vorjahr 5198 Millionen) und Ausgaben in Höhe von 4827 Millionen Pfund Sterling (4738 Millionen) vor. Für die Landesverteidigung sind 1483 Millionen (1549 Millionen) Pfund Sterling veranschlagt. Thorneycroft kündigt gleichzeitig Steuererleichterungen bei der Umsatzsteuer, im Außenhandel, Schiffbau, Benzinverbrauch und u. a. die Abschaffung der Vergnügungssteuer an.
11. Nach vierwöchigen Verhandlungen unterzeichnen Kolonialminister Alan Lennox-Boyd und der Erste Minister von Singapur, Lim Yew Hock, ein Protokoll über den künftigen Status von Singapur. Danach soll die bisherige Kronkolonie in einen „sich selbst verwaltenden Staat im Commonwealth“ mit einem Premierminister als Regierungschef umgewandelt werden. Außenpolitik und Landesverteidigung sollen jedoch bis auf weiteres der britischen Regierung vorbehalten bleiben. Ein Rat, in dem Vertreter Singapurs, Malayas und der britischen Regierung

zusammenarbeiten, erhält die Verantwortung für die innere Sicherheit.

Island

6. In einem der dänischen Zeitung *Berlingske Tidende* gewährten Interview erklärt Außenminister Gudmundur I. Gudmundsson, daß Island nie die Absicht gehabt habe, die Nordatlantikpakt-Organisation zu verlassen. Auf Grund der veränderten Weltlage bestehe auch nicht mehr der Wunsch nach einer Revision des isländisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens.

Norwegen

4. Ministerpräsident Einar Gerhardsen erörtert in Oslo mit dem dänischen Ministerpräsidenten, Hans Hansen, die Antworten auf die Briefe des sowjetischen Ministerpräsidenten, Bulganin, vom 21. bzw. 29. März (vgl. Zeittafel in EA 8/1957, Sowjetunion). Gerhardsen erklärt in seinem am 13. April in Moskau überreichten Antwortschreiben, solange es keine internationale Abrüstung unter einer wirksamen Kontrolle gebe, sei jedes Land gehalten, auf die bestmögliche Weise für seine Verteidigung zu sorgen. Norwegen werde nie an einer aggressiven Politik teilnehmen. Abschließend empfiehlt Gerhardsen die Prüfung des norwegischen Vorschlages, die Kernwaffenversuche im voraus zu registrieren.

Oesterreich

11. In einer Note an die italienische Regierung wird der Vorschlag bilateraler Verhandlungen zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über Südtirol erneuert.

Rumänien

15. Außenminister Grigore Preoteasa und Verteidigungsminister General Leontin Salajan einerseits sowie der sowjetische Außenminister, Andrej A. Gromyko, und der sowjetische Verteidigungsminister, Grigorij K.

Shukow, unterzeichnen in Bukarest ein Abkommen über die Rechtsstellung der zeitweilig in Rumänien stationierten sowjetischen Truppen.

Sowjetunion

5. In fremdsprachigen Sendungen richtet der Moskauer Rundfunk mehrere Tage lang Appelle an die Bevölkerung der Bundesrepublik, Großbritanniens, der Niederlande und Islands, in welchen festgestellt wird, daß die Lagerung von Kernwaffen diese Länder im Falle eines Krieges einer akuten Gefahr der Atomkriegführung aussetzen werde.
9. Auf der Rückreise von seinem Staatsbesuch in der Mongolischen Volksrepublik hält sich der tschechoslowakische Ministerpräsident, Viliam Siroky, einen Tag in Moskau auf und trifft u. a. mit Ministerpräsident Bulganin und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Nikita S. Chruschtschow, zusammen.

Tschechoslowakei

3. Nach mehrtägigen Besprechungen zwischen Delegationen der Kommunistischen Partei Italiens und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wird in einer Gemeinsamen Erklärung festgestellt, daß die beiden Parteien gegen alle revisionistischen und nationalistischen Bestrebungen ankämpfen wollen.

Türkei

2. Der deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, trifft in Istanbul mit dem türkischen Ministerpräsidenten, Adnan Menderes, zusammen. Wie er in einem nach seiner Rückkehr nach Deutschland dem Hessischen Rundfunk gewährten Interview erklärt, werden dabei Fragen erörtert, „welche die deutsch-türkischen Beziehungen und die Einheit der freien Welt“ betreffen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

6. Zum Abschluß von dreitägigen Besprechungen zwischen Präsident Gamal Abdel Nasser und dem sudanesischen Ministerpräsidenten, Abdullah Khalil, wird in einem gemeinsamen Kommuniqué erklärt, daß Aegypten und der Sudan an einer „Politik der positiven Neutralität“ festhalten wollen. Jedes Land habe das Recht, ausländische Hilfe von jeder Seite in Erwägung zu ziehen, wenn sie weder seine Souveränität und Unabhängigkeit noch die Interessen eines anderen arabischen Landes beeinträchtige.
9. Nach der am Vortage abgeschlossenen Räumung des Suezkanals wird die Schifffahrt ohne Einschränkungen wieder freigegeben.

Südafrikanische Union

1. In einem der amerikanischen Nachrichtenagentur *United Press* gewährten Interview teilt Premierminister Johannes G. Strijdom mit, es bestehe die Möglichkeit, daß nach den allgemeinen Wahlen im Jahre 1958 die weiße Bevölkerung in einer Volksabstimmung über die Umwandlung der Südafrikanischen

Union in eine Republik im Rahmen des Commonwealth entscheiden werde.

Tunesien

4. In einer Rundfunkansprache erklärt Ministerpräsident Habib Bourguiba, daß sich Tunesien in seiner Algerienpolitik nicht durch französische Drohungen, die finanziellen Hilfeleistungen einzustellen, beeinflussen lassen wolle. Bourguiba stellt fest: „Wir werden bei anderen als bei Frankreich nach Geld fragen.“

AMERIKA

Panama

13. Präsident Ernesto de la Guardia kündigt in einem der Londoner Zeitung *Daily Express* gewährten Interview an, Panama werde die vollständige Souveränität über die Kanalzone beanspruchen. In freundschaftlichen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sei eine befriedigende Lösung anzustreben.

Vereinigte Staaten

2. Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien, auf Grund dessen

die Vereinigten Staaten das Recht zur weiteren Benutzung eines Flugstützpunktes in Dhahran erhalten und sich zur Hilfeleistung beim Ausbau der saudiarabischen Luftwaffe und Marine und des zivilen Flugverkehrs verpflichten.

4. Das Außenministerium teilt mit, daß die Regierung die Gewährung einer Wirtschaftshilfe in Höhe von 10 Millionen Dollar an Libanon beschlossen habe.
6. Vizepräsident Richard Nixon befürwortet in einem an Präsident Eisenhower gerichteten Bericht über seinen Besuch in den afrikanischen Ländern eine Intensivierung der amerikanischen Außenpolitik in Afrika. Dabei müsse jedoch die besondere Stellung Europas respektiert und gestützt werden, denn es gehe den Vereinigten Staaten nicht darum, in diesem Erdteil eine Vorrangstellung einzunehmen. Nixon schlägt die Errichtung eines Amtes für afrikanische Angelegenheiten innerhalb des Außenministeriums vor.
8. Außenminister John Foster Dulles legt einem Sonderausschuß des Senats Pläne der Regierung für eine Umgestaltung des Auslandhilfeprogramms vor. Dabei wird u. a. die Bereitstellung eines besonderen Fonds für wirtschaftliche Entwicklung empfohlen, aus dem die Regierung während mehrerer Jahre zugunsten der einzelnen Länder Darlehen gewähren kann. Für die Errichtung und Unterhaltung dieses Fonds seien jährlich ca. 750 Millionen Dollar erforderlich. Unentgeltliche Zuwendungen sollten jedoch nur noch in Notfällen vergeben werden. Waffenlieferungen an Verbündete und Verteidigungsunterstützungen an dritte Länder sollten, wie Dulles weiter erklärt, künftig als Verteidigungskredite im Militärhaushalt geführt werden. Dulles tritt mit Nachdruck für die Beibehaltung des Dispositionsfonds des Präsidenten ein. Die technische Hilfeleistung an unterentwickelte Länder soll im bisherigen Umfang fortgeführt werden.
12. Der Senat empfiehlt in einem Beschluß dem Außenministerium die Fortsetzung seiner Bemühungen um eine Aufnahme Spaniens in die Nordatlantikpakt-Organisation.

ASIEN

Volksrepublik China

2. Zur Beendigung eines zwölftägigen Staatsbesuches erklärt der burmesische Ministerpräsident, *U Nu*, vor der Presse, sein Vorhaben, die freundschaftlichen Beziehungen zu China noch enger zu gestalten, sei von Erfolg gekrönt gewesen.
11. In einem zum Abschluß eines mehrtägigen Staatsbesuchs des polnischen Ministerpräsidenten, *Josef Cyrankiewicz*, veröffentlichten Gemeinsamen Kommuniqué wird u. a. festgestellt, daß die Volksrepublik China mit Freude die Erfolge der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei seit dem 8. Plenum des Zentralkomitees verfolge. Die letzten Wahlen hätten bewiesen, daß das polnische Volk geschlossen unter der Führung der Partei und ihres Ersten Sekretärs, *Wladyslaw Gomulka*, seinen Weg zum Sozialismus gehe. Gleichzeitig wird der Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung Ungarns in ihrem Kampf um die Wiederherstellung des Sozialismus volle Unterstützung zugesagt.

Indien

2. Bekanntgabe des Endergebnisses der in der Zeit vom 24. Februar bis zum 14. März abgehaltenen Parlamentswahlen. Sie ergeben folgende Verteilung der Sitze:

Kongreßpartei	365	(363) ¹
Kommunistische Partei . . .	27	(17)
Praja-Sozialisten	19	(28)
Jan Sangh-Partei	4	(3)
Sonstige	73	(85)

¹ In Klammern Vergleichszahlen der vorhergehenden Legislaturperiode.

Indonesien

8. Staatspräsident Achmed Soekarno ernennt ein außerparlamentarisches Notstandskabinett unter Ministerpräsident Raden Hadji Djuanda. Das Außenministerium übernimmt Dr. Subandrio.

Israel

2. Vor dem Parlament erklärt Außenminister Golda Meir, die Regierung werde darauf bestehen, daß den israelischen Schiffen das Recht eingeräumt werde, frei durch den Suezkanal zu fahren. Eine etwaige Stationierung von Einheiten der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen werde Israel auf seinem Gebiet nicht gestatten. Der Außenminister appelliert schließlich an die Vereinigten Staaten, die bei den Verhandlungen über den Rückzug der israelischen Truppen gegebenen Zusicherungen betr. die Sicherheit im Gazastreifen und die freie Schifffahrt im Golf von Akaba einzuhalten.

Jordanien

10. Ministerpräsident Suliman Nabulsi tritt auf Wunsch des Königs zurück. Nach mehreren Versuchen anderer Politiker bildet Ministerpräsident Hussein Fakhri el Khalidi am 15. April eine neue Regierung, in welcher der ehemalige Ministerpräsident Suliman Nabulsi das Außenministerium übernimmt.

Kambodscha

8. Die Nationalversammlung spricht der am Vortage von Prinz Norodom Sihanuk gebildeten Regierung, in welcher der Prinz auch das Außenministerium übernimmt, das Vertrauen aus.

Mongolische Volksrepublik

8. Zum Abschluß eines mehrtägigen Staatsbesuchs des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, *Viliam Široky*, wird ein „Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Zusammenarbeit“ unterzeichnet.

Persien

2. Abschluß eines am 28. März begonnenen Staatsbesuchs des deutschen Bundeskanzlers, Konrad Adenauer. In einem Kommuniqué wird mitgeteilt, daß der Bundeskanzler in Zusammenkünften mit Schah Mohammad Reza Pahlavi und Ministerpräsident Hussein Ala eine völlige Uebereinstimmung in der Beurteilung der internationalen Lage vorgefunden habe. Die Gesprächspartner seien der Ueberzeugung, daß das Zusammenstehen der freien Welt die beste Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens sei. Wie es in dem Kommuniqué weiter heißt, hat Bun-

deskanzler Adenauer die Gewährung technischer Hilfeleistungen bei der wirtschaftlichen Entwicklung Persiens zugesagt.

4. Nach dem am Vortage vollzogenen Rücktritt von Ministerpräsident Hussein Ala bildet Manutscher Eghbal ein neues Kabinett, in welchem er auch das Innenministerium übernimmt. Ali Gholam Ardalan bleibt Außenminister. Am 14. April spricht das Parlament mit 110 von 114 Stimmen der neuen Regierung das Vertrauen aus.

Saudi-Arabien

11. Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der

sie feststellt, daß der Golf von Akaba ein geschlossenes Territorialgewässer sei und daher Israel kein Recht auf freie Schifffahrt habe.

Vietnam (Nord)

6. Zum Abschluß eines dreitägigen Staatsbesuchs unterzeichnen der polnische Ministerpräsident, Josef Cyrankiewicz, und Ministerpräsident Pham Van Dong ein Kulturabkommen und eine Gemeinsame Erklärung, in der die Einmütigkeit in der Beurteilung der internationalen Lage unterstrichen und für eine Wiederherstellung der Einheit Vietnams im Sinne des Genfer Abkommens plädiert wird.

Internationale Organisationen*

Die Organisation der Vereinten Nationen

5. Beendigung der seit dem 18. März in New York durchgeführten 11. Tagung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde durch die Kommission aufgefordert, über die Entwicklung der Rechte der Frauen in den einzelnen Ländern zu berichten. In den Debatten behandelte die Kommission die politische Rechtsstellung der Frau in den einzelnen Ländern und die den Frauen offenstehenden Ausbildungsmöglichkeiten. In einer Resolution setzte sich die Kommission für die gleiche Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte bei gleicher Arbeit ein. Die Arbeitsmöglichkeiten für ältere Beschäftigte und Kurzarbeiterinnen sollen geprüft und gefördert werden. In einer anderen Resolution wurde ersucht, im Rahmen der Beratungsdienste der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte Seminare über Frauenrechte abzuhalten. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, über die Form der Ehegattenbesteuerung zu berichten. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen wurde gebeten, seinen Mitgliedsländern die Einführung einer obligatorischen amtlichen Registrierung der Eheschließung und -scheidung zu empfehlen.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

- 1.—5. Unter Teilnahme von 400 Industriellen aus den Mitgliedsländern findet in Paris eine Informationskonferenz über Atomenergie statt, bei welcher der gegenwärtige Stand der Kerntechnik und die Aussichten für ihre industrielle Auswertung erörtert werden.

Internationale Atomenergie-Behörde

- 1.—8. Tagung der Vorbereitenden Kommission in Wien, auf der mit Vertretern der österreichischen Regierung die Vorbereitung der für Herbst 1957 vorgesehenen ersten Vollversammlung und die geplante Errichtung des Amtssitzes der Behörde besprochen werden.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

12. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in

Europa, General Lauris Norstad, spricht sich auf einer Pressekonferenz für die Bereitstellung von Fernlenk Waffen an allen strategisch erforderlichen Plätzen des gesamten Paktgebietes aus. Die jüngste Welle von Drohungen seitens der Sowjetunion sei möglicherweise auf die auf diesem Gebiet gemachten Fortschritte des Westens zurückzuführen.

Vereinigung der Suezkanal-Benutzer (SCUA)

5. Auf einer Sitzung des Rates berichtet der Delegierte der Vereinigten Staaten über den seitens seiner Regierung mit der ägyptischen Regierung geführten Meinungsaustausch über den Betrieb des Suezkanals.

Zwischenstaatlicher Ausschuß für Europäische Wanderung (ICEM)

- 8.—13. Auf seiner 6. Sitzung befaßt sich der Rat des ICEM insbesondere mit der Diskussion der Lage der ungarischen Flüchtlinge und mit den in diesem Zusammenhang ergriffenen Hilfsmaßnahmen. Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen lenkt die Aufmerksamkeit des Rates und der Mitgliedstaaten auf die in Jugoslawien zunächst aufgenommenen Ungarn-Flüchtlinge.

Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES)

4. In einer Stellungnahme begrüßt CEPES die Errichtung eines gemeinsamen europäischen Marktes. Den Regierungen und Parlamenten wird empfohlen, ihre Wirtschaftspolitik auf das Ziel der Abwehr inflatorischer Gefahren auszurichten. Man müsse sich stets bewußt sein, daß „die Maßnahmen und Institutionen, welche der Einführung und dem Funktionieren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dienen, die Verbesserung der Lebenshaltung und des Beschäftigungsvolumens und höchstmöglicher Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Volkswirtschaften zum Ziele haben“ müßten, ohne die Preisstabilität zu gefährden.

Weltfriedensrat

2. Zum Abschluß einer Tagung des Büros des Weltfriedensrates in Berlin wird auf einer Pressekonferenz ein Aufruf veröffentlicht, in dem die sofortige Einstellung aller thermonuklearen Versuche gefordert und vor den verheerenden Folgen eines Atomkrieges gewarnt wird.

*) Vgl. hierzu auch die in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für April. Auf S. 9829—9834 dieser Folge erscheinen die Mitteilungen des Europarats für März.

Bücher und Broschüren

Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905—1907 auf Deutschland. Herausgegeben von Prof. Dr. Leo Stern. Berlin: Rütten & Loening 1956. LXIII, 350 S. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2/II).

Das britische und das französische Unternehmen in Ägypten. (August—November 1956). Veröffentlicht auf Veranlassung des Forschungs-Zentrums für den Mittleren Osten, Kairo. o. O. u. J. 158 S.

Feste Währung — Gesunde Wirtschaft. Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1956/57 (1. April 1956 bis 31. März 1957). Bonn: Deutscher Industrie- und Handelstag (1957). 348 S.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878—1890. Herausgegeben von Prof. Dr. Leo Stern. Berlin: Rütten & Loening 1956. Bd. I: LVIII, 560 S.; Bd. II: 536 S. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/I und 3/II).

Marcus, August: Afrika gestern und heute. Streiflichter und Zahlen. Hrg. Deutsche Afrika-Gesellschaft. Bonn 1957. 116 S. (Schriftenreihe Nr. 1).

Neurohr, Jean F.: Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus. Stuttgart: J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger 1957. 287 S.

„Wenn Mythen in leidenschaftliche Bewegung geraten, dann entsteht ein Gesamtbild, das einen sozialen Mythos darstellt.“ Mit diesem Zitat von Sorel bezeichnet der französische Autor — elssässischer Abkunft — den Standort seiner gleichermaßen aus großem Verständnis wie aus großer Distanz vor mehr als zwanzig Jahren konzipierten, jetzt mit geringen Ergänzungen vorgelegten Untersuchung. Daß es Leit-Bilder sind, die zur Ueberzeugung von großen Massen werden und zu Taten führen, unterscheidet den Mythos von der Utopie. So verstanden, sind Mythen nicht nur primitiven Stämmen und Völkern eigen, sie begleiten die ganze Menschheit, sie schaffen Geschichte. Von solchem Rang in neuerer Zeit: Reformation, Französische Revolution, das „Dritte Rom“ der Panslawisten, die marxistische Heilslehre, der italienische Faschismus. Noch ist der Nationalsozialismus als geschichtemachender Vorgang unübersehbar. Dem Verfasser kommt es darauf an, das Oberflächliche abzutragen und die Spuren der geistigen Strömungen und Kräfte freizulegen, die — zu Recht oder Unrecht — in den Nationalsozialismus eingemündet oder von diesem usurpiert worden sind, von der Entstehung des deutschen Nationalgefühls im 19. Jahrhundert an bis zur

„apokalyptischen Vision“ vom Dritten und vom Tausendjährigen Reich.
Dr. Carl Rothe

Spetzler, Eberhard: Luftkrieg und Menschlichkeit. Die völkerrechtliche Stellung der Zivilpersonen im Luftkrieg. Göttingen — Berlin — Frankfurt: Muster-schmidt-Verlag 1956. VIII, 451 S. (Göttinger Beiträge zu Gegenwartsfragen des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen, Bd. 12). DM 28,—.

Der Zweite Weltkrieg hat in erschreckendem Umfang sichtbar gemacht, wie generös sich die kriegführenden Parteien angesichts des totalen Krieges über die anerkannten völkerrechtlichen Grundsätze hinweggesetzt haben und wie unzureichend ihre Angehörigen über die allgemeinen Vereinbarungen und ihre Bedeutung für die militärischen Kampfhandlungen unterrichtet waren. Diese bitteren Erfahrungen und die fortlaufende Produktion neuer Massenvernichtungswaffen sollten die führenden Politiker und Militärs — im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung der Menschheit gegenüber — mehr denn je dazu zwingen, sich nicht nur mit dem gültigen Völkerrecht auf das sorgfältigste vertraut zu machen, sondern auch im Falle einer erneuten kriegerischen Auseinandersetzung für ihre Verwirklichung einzutreten. Für die Luftkriegführung, soweit die Stellung der Zivilpersonen dabei berührt wird, bietet ihnen, aber auch jedem interessierten Laien, das vorliegende, auf eine einzigartige Dokumentation sich stützende Kompendium ein überaus wertvolles und in jeder Hinsicht anregendes Hilfsmittel, das zudem den Vorteil einer glänzenden, knappen Diktion besitzt. Der Verfasser, früherer Generalstabsoffizier der Luftwaffe und Jurist, bringt alle Voraussetzungen zur Bewältigung dieser schwierigen Materie mit. Die Frage nach dem scheinbaren Widerspruch von Kriegsrecht und Kriegspraxis beantwortet er im ersten Teil seiner eingehenden Untersuchung, die dem Völkervertragsrecht gewidmet ist, mit dem Hinweis, daß auch heute, unter bestimmten Bedingungen, das seit dem vergangenen Jahrhundert fortentwickelte, von den Großmächten gebilligte Kriegsrecht dem Wohle aller Völker dienen kann.

Ausgehend vom Ersten Weltkrieg und der Lehre des „totalen Krieges“ eines Douhet behandelt der Verfasser im zweiten Teil seiner Studie das Völkergewohnheitsrecht zwischen den beiden Kriegen, besonders während des Zweiten Weltkrieges. Im Mittelpunkt steht hier die Würdigung des strategischen Luftkrieges der Alliierten in den Jahren 1943 bis 1945. Die katastrophale Entwicklung in den letzten Kriegsjahren führt den Verfasser abschließend zu der Forderung, daß heutzutage eine umfassende Neuorientierung und Kodifikation des Kriegsrechts erforderlich sind. Es bleibt abzuwarten, ob der Entwurf von den Regeln zur Begrenzung der Gefahren, denen die Zivilbevölkerung in Kriegzeiten ausgesetzt ist (vgl. hierzu Europa-Archiv 22—23/1956, S. 9362 ff.), der auf der nächsten Internationalen Rotkreuz-Konferenz in Neu-Delhi gebilligt werden soll, als Empfehlung an die Staaten mit einem positiven Ergebnis weitergeleitet werden kann.
Dr. Hans-Adolf Jacobsen

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1957 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

April 1957

7. Jahrgang — Nr. 4

Die Tätigkeit des Europarats im März 1957

DIE VERTRÄGE ÜBER DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT UND EURATOM SIND UNTERZEICHNET

Zukünftige Aufgaben

Die in Rom ertolgte Unterzeichnung der Verträge über die Errichtung von Euratom und Gemeinsamen Markt stellt einen bedeutenden Fortschritt für die europäische Organisation dar.

Die Nachwelt wird zweifellos den 25. März 1957 als einen Festtag begehen, der einen entscheidenden Wendepunkt in unserem Zeitgeschehen bedeutet.

Wenn sich Europa nunmehr verpflichtet hat, den richtigen Weg zu beschreiten, so heißt das jedoch nicht, daß es sein Ziel schon erreicht hat.

Große Schwierigkeiten sind noch zu beseitigen, so besonders die Ratifizierung durch jedes der sechs Länder; aber vor allem auch die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit all den Fragen, welche die Verträge nicht gelöst haben und deren Lösung den beiden Ministerräten überlassen worden ist.

Die Geburt eines wirtschaftlich starken Europa der Sechs wird andererseits ein Problem der politischen Struktur aufwerfen, dessen Lösung am zweckmäßigsten in einem realistischen Geist in Angriff genommen wird.

Schließlich wird sich noch eine weitere und ganz besonders wichtige Folgerung aus den auf dem Kapitol unterzeichneten Verträgen insoweit ergeben, als die Notwendigkeit der Beziehungen zwischen dem Europa der Sechs und dem der Fünftzehn ins volle Rampenlicht gerückt werden muß. Jede dieser beiden europäischen Lösungen entspricht einer ganz bestimmten Realität, und jede hat ihren Sinn und Zweck. Man kann sich heute ebenso wenig ein Europa der Fünftzehn vorstellen, das die Entwicklung eines Europa der Sechs einengt, wie ein Europa der Sechs, das nicht mit dem Europa der Fünftzehn besonders enge Bande knüpfen würde.

Von der Sicherstellung des Ausgleichs und des Gleichgewichts zwischen den beiden Lösungen hängt nunmehr die Zukunft des freien Gesamteuropas ab

Der Europarat, das Forum für den umfassenden Gedankenaustausch, die Stätte fruchtbarer Initiativen, ist ganz dafür geschaffen, diese Funktion auszuüben und diese Rolle zu spielen, ohne auch nur irgendeinem Subjektivismus zu verfallen.

Ich bin überzeugt, daß ihn die Regierungen hierbei ermutigen werden und daß er so, auf eine neue Grundlage gestellt, einen neuen Anlauf nehmen wird.

Fernand Dehousse,
Präsident
der Beratenden Versammlung
des Europarats

I. TAGUNGEN DES RATES

Stellvertreter der Minister

Die Stellvertreter der Außenminister des Europarats tagten vom 7. bis zum 14. März in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Paul Reuter (Luxemburg).

Die Stellvertreter billigten den Entwurf einer „Europäischen Konvention zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten“ (Empfehlung 79 der Beratenden Versammlung). Die Konvention wird anlässlich der nächsten Sitzungsperiode des Ministerkomitees am 29. April zur Unterschrift vorgelegt werden.

Unter den getroffenen Entscheidungen ist vor allem auch der Beschluß zur Bildung eines Sachverständigen-Ausschusses zu erwähnen, der damit beauftragt ist, geeignete Maßnahmen zur Beseitigung von juristischen Hindernissen beim Austausch von Fernsehprogrammen in Europa auf der Grundlage von Empfehlungen vorzuschlagen, die das Berner Büro für den Schutz des gewerblichen und künstlerischen Eigentums an den Europarat gerichtet hat.

Ein Entwurf eines europäischen Kodex der Sozialen Sicherheit wird der Beratenden Versammlung zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Schließlich prüften die Stellvertreter der Minister die gesamten von der Beratenden Versammlung im Laufe der letzten Sitzungsperioden formulierten Empfehlungen. Sie befaßten sich besonders mit den Fragen der Organisation der europäischen Institutionen. Sie beschlossen, dem Präsidenten der Beratenden Versammlung die Versicherung abzugeben, daß diese Versammlung bei allen sie betreffenden Organisations- und Kompetenzfragen zu Rate gezogen werden wird.

Auf Empfehlung der Beratenden Versammlung gewährten die Stellvertreter folgenden Organisationen beratenden Status beim Europarat: der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Kategorie A), der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend (Kategorie B), der Katholischen Internationalen Union der sozialen Dienste (Kategorie B), der Internationalen Föderation der Geistesarbeiter (Kategorie C).

Präsidium und Ständiger Ausschuß

Das Präsidium und der Ständige Ausschuß der Beratenden Versammlung haben am 18. März unter dem Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse in Paris getagt.

Diese Tagungen waren vor allem der Vorbereitung des ersten Teiles der Neunten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung gewidmet, die in Straßburg von Montag, dem 29. April, bis Samstag, dem 4. Mai, stattfinden wird.

Im Verlauf der Tagung befaßte sich der Ständige Ausschuß mit dem Problem der europäischen parlamentarischen Institutionen und nahm hierzu folgende EntschlieÙung an:

EntschlieÙung 122

Eingedenk der Empfehlung 117;

in Würdigung des Ergebnisses der Schritte, die von den Präsidien der drei bestehenden europäischen Versammlungen bei den sechs Ministern der an den Verträgen über Euratom und den Gemeinsamen Markt beteiligten Länder unternommen wurden und denen es zu verdanken ist, daß die Gefahr der Schaffung einer vierten Versammlung abgewendet wurde;

nachdem sie mit Befriedigung das von der Regierung des Vereinigten Königreichs der Frage der Rationalisierung der europäischen Institutionen entgegengebrachte Interesse sowie die Tatsache zur Kenntnis genommen hat, daß der Rat der Westeuropäischen Union eine Prüfung dieser Frage durchführen wird, deren Schlußfolgerungen der Beratenden Versammlung vorgelegt werden sollen;

mit dem Bedauern, daß die Außenminister der Sechs der aus den Präsidien der drei Versammlungen bestehenden Delegation den Wortlaut der Bestimmungen des Vertragsentwurfs, die sich mit der Versammlung befassen, nicht übermittelt haben, um es der Delegation zu ermöglichen, rechtzeitig die ihr etwa erforderlich scheinenden Bemerkungen vorzubringen und insbesondere der Beratenden Versammlung die Möglichkeit zu geben, ihre beratende Funktion auszuüben;

mit der Feststellung, daß der Vertragsentwurf zur Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Methoden der Zusammenarbeit mit dem Europarat nicht genau festlegt,

Wünscht der Ständige Ausschuß im Namen der Versammlung:

- (I) *daß in den abzuschließenden Verträgen die Grundsätze Beachtung finden, wie sie in dem Memorandum niedergelegt sind, das dem zwischenstaatlichen Brüsseler Ausschuß von der Delegation der Präsidien der drei Versammlungen am 4. Februar 1957 überreicht worden ist;*
- (II) *daß in den Verträgen ausdrücklich festgelegt wird, daß die neue Versammlung eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern der Beratenden Versammlung enthalten muß und daß die Versammlung auf die Ernennung von Stellvertretern zurückgreifen kann;*
- (III) *daß schon gleich bei der Gründung der neuen Versammlung gemeinsame Tagungen mit der Beratenden Versammlung, ähnlich wie die gemeinsamen Tagungen der Gemeinsamen Versammlung und der Beratenden Versammlung, vorgesehen werden;*
- (IV) *daß schon bei der Ratifizierung des Vertrages zur Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Abkommen mit dem Europarat abgeschlossen wird, um eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen beiden internationalen Organisationen herzustellen;*
- (V) *daß die von der Brüsseler Konferenz vorgesehene Untersuchung über die direkte Wahl der europäischen Abgeordneten aus den beteiligten Ländern Hand in Hand geht mit der Untersuchung*

über die Möglichkeiten zur Bildung einer einzigen Versammlung.

Gemischter Ausschuß

Der Gemischte Ausschuß tagte am 25. März in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse.

**Kommende Sitzungen von
Ministerkomitee und Beratender Versammlung**

Am 29. April wird die 20. Tagung des Ministerkomitees des Europarats unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers, Herrn Joseph Luns, in Straßburg stattfinden. Die 15 Außenminister werden am gleichen Tage an der Eröffnung der 9. Ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung teilnehmen.

Vorläufige Sitzungsordnung des Ersten Teils der 9. Sitzungsperiode:

Montag, den 29. April:

9.00 Uhr: Präsidium der Versammlung
11.00 Uhr: Eröffnung der 9. Sitzungsperiode der Versammlung; Wahl des Präsidenten und der 7 Vizepräsidenten der Versammlung.

15.00 Uhr: Gemischter Ausschuß (auf ministerieller Ebene)

17.00 Uhr: Politische Gruppen

Dienstag, den 30. April:

9.00 Uhr: Ausschüsse
12.00 Uhr: Gemischter Ausschuß (auf ministerieller Ebene)
15.00 Uhr: Beratende Versammlung: Bericht des Ministerkomitees; OEEC-Bericht; Beziehungen zu den nationalen Parlamenten.

Mittwoch, den 1. Mai: Beratende Versammlung:

10.00 Uhr: Europäische Integration
15.00 Uhr: Wahl des Generalsekretärs des Europarats
15.30 Uhr: Europäische Integration

Donnerstag, den 2. Mai: Beratende Versammlung:

10.00 Uhr und 15.00 Uhr: Allgemeine Politik des Europarats
21.00 Uhr: Ausschüsse

Freitag, den 3. Mai: Beratende Versammlung:

10.00 Uhr: Rationalisierung der europäischen parlamentarischen Arbeit
15.00 Uhr: OEEC-Bericht; europäische Integration; Landwirtschaft; Haushalt; europäische Kultur.

Samstag, den 4. Mai: Beratende Versammlung:

10.00 Uhr: Allgemeine Politik des Europarats; Transportfragen; Kommunalpolitik; Abstimmungen.

Ende des ersten Teils der Sitzungsperiode.

II. POLITISCHE FRAGEN

Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten

Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten tagte am 15. und 16. März unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon (Franzose, MRP).

Herr Kurt-Georg Kiesinger (Deutscher, CDU) legte den Entwurf seines Berichtes über die „allgemeine Politik des Europarats im Lichte der jüngsten Entwicklung der internationalen Lage“ vor. Nach der Aussprache über dieses Dokument, in deren Verlauf mehrere Ausschußmitglieder auf die Zweckmäßigkeit hinwiesen, die Debatte der Versammlung auf eines oder zwei besonders wichtige Themen zu konzentrieren, wurde der Berichterstatter gebeten, die endgültige Fassung seines Berichts zur Vorlage an die Versammlung am 2. Mai auszuarbeiten.

Bezüglich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stellte der Berichterstatter, Herr van der Goes van Naters (Holländer, Sozialist), fest, daß der Vertrag nur einen kurzen Hinweis auf die Verbindungen mit dem Europarat enthält: „Die Gemeinschaft führt jede zweckdienliche Zusammenarbeit mit dem Europarat herbei.“ Trotz der Entschließung des Ministerkomitees über die Sonderbehörden*) scheint kein Zusatzprotokoll zu dem Vertrag zwecks näherer Bestimmung der Beziehungen mit dem Europarat beabsichtigt zu sein.

Herr Natale Santero (Italiener, Christlicher Demokrat), Berichterstatter für Euratom, führte seinerseits aus, daß seines Wissens trotz des ausdrücklich von der Versammlung in ihrer Entschließung 119 (vgl. Mitteilungen des Europarats, 7. Jahrg. Nr. 2 — II) geäußerten Wunsches ein derartiges Protokoll bezüglich der Europäischen Atomgemeinschaft nicht ausgearbeitet worden sei. Der Ausschuß beauftragte die beiden Berichterstatter, entsprechende Berichte über die politischen und institutionellen Aspekte der beiden neuen Gemeinschaften auszuarbeiten, um sie seinen Mitgliedern bei der nächsten, am 28. April in Straßburg stattfindenden Sitzung vorzulegen.

Die von dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten dem Ständigen Ausschuß vorgelegte Entschließung über die beabsichtigte Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde in großen Umrissen vom Ständigen Ausschuß angenommen (siehe „Tagungen des Rates“).

Schließlich berichtete Herr Karl Mommer (Deutscher, SPD), Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur „Rationalisierung der Arbeit der europäischen Parlamentarier“, dem Ausschuß über die am Vortage stattgefundene Sitzung der Arbeitsgruppe. Nach einer Aussprache beauftragte der Ausschuß den Berichterstatter, einen Entschließungs-Entwurf vorzubereiten, in dem bestimmte allgemeine Prinzipien über die Beziehungen

*) Diese Entschließung vom 3. Mai 1951 ermächtigt den Rat, „die Initiative zu Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten zwecks Errichtung von europäischen Sonderbehörden mit wirklichen Machtbefugnissen zu ergreifen“. Sie sieht außerdem Beziehungen zwischen derartigen Behörden und dem Europarat vor.

zwischen den bereits bestehenden und zukünftigen europäischen Versammlungen niedergelegt sind.

III. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Menschenrechte: die griechische Klage

Der Unterausschuß der Europäischen Kommission der Menschenrechte, der mit der Prüfung dieser Beschwerde beauftragt ist, hielt Anfang März eine mehrtägige Sitzung in Straßburg ab. Er trat am 28. März erneut zusammen, um die streitenden Parteien über bestimmte Fragen zur Feststellung des Sachverhalts zu vernehmen.

Vollsitzung der Kommission

Vom 4. bis zum 8. März 1957 hielt die Europäische Kommission der Menschenrechte ihre 7. Vollsitzung in Straßburg ab. Sie prüfte die Zulässigkeit von 31 ihr vorliegenden Einzelklagen, von denen 24 als unzulässig erklärt wurden. In fünf Fällen wurde zwecks ergänzender Untersuchungen auf Vertagung erkannt. Schließlich beauftragte die Kommission ihr Sekretariat, zwei Gesuche den in die Angelegenheit verwickelten streitenden Parteien zurückzuschicken und sie aufzufordern, der Kommission ihre Bemerkungen über die Zulässigkeit ihrer Gesuche schriftlich vorzulegen. Diese Mitteilung präjudiziert in keiner Weise die Entscheidung, welche die Kommission über die Zulässigkeit der beiden in Frage kommenden Gesuche zu einem späteren Zeitpunkt fällen wird.

Haftpflichtversicherung von Kraftfahrzeugen

Zwecks Fortsetzung seiner Arbeit tagte der Sachverständigenausschuß für die Haftpflichtversicherung von Kraftfahrzeugen vom 25. März bis zum 4. April in Straßburg.

Der Ausschuß hat die Aufgabe, den Entwurf einer Europäischen Konvention über die obligatorische Haftpflichtversicherung der Kraftfahrzeuge auszuarbeiten. Diese Arbeit beschränkt sich nicht nur auf das Prinzip der obligatorischen Haftpflichtversicherung, sie strebt auch nach Möglichkeit eine Harmonisierung der Versicherungsvorschriften an, um den Opfern von Verkehrsunfällen den gleichen Schutz zu gewähren, gleichgültig, ob das den Verkehrsunfall verursachende Kraftfahrzeug einem In- oder Ausländer gehört.

IV. SOZIALE FRAGEN

Anpassung des Einzelmenschen und der Familie

Die Sachverständigen-Gruppe zur „Prüfung der von den Mitgliedstaaten zu ergreifenden Maßnahmen zur Gewährleistung der sozialen und kulturellen Anpassung des Menschen und der Familie an die sich aus der stets wachsenden Mechanisierung und Industrialisierung ergebenden Bedingungen sowohl im Hinblick auf die unterentwickelten als auch auf sonstige rückständige Gebiete oder Zonen, die durch diese Bedingungen schon in Mitleidenschaft geraten sind“, hielt am 25. und 26. März in Straßburg unter dem Vorsitz von Professor G. Zeegers (Niederlande) ihre zweite Tagung ab. Ein Arbeitsbericht der Sachverständigen, der dem Sozialausschuß im Mai vorgelegt werden soll, wird z. Zt. vorbereitet. Professor A. Raillet (Frankreich) wurde zum Berichterstatter ernannt.

Wohnungsbau

Die von dem Sozialausschuß gebildete Arbeitsgruppe zum Studium von Fragen des Wohnungsbaues tagte am 1. März in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Henri Heyman (Belgier, Christl.-Soz. Partei).

Die Arbeitsgruppe erörterte eine Reihe von Fragen, die sich mit dem Wohnungsbau befassen und die von Herrn Pierre Courant (Franzose, Unabh. Bauernpartei) zum Studium vorgelegt worden waren. Die Arbeitsgruppe wird in Kürze erneut tagen, um den dem Sozialausschuß vorzulegenden Bericht anzunehmen.

V. KULTURELLE FRAGEN**Gleichwertigkeit der Studienzeit an Universitäten**

Am 14. März hinterlegte Herr Haakon Nord, der Ständige Vertreter Norwegens beim Europarat, die Ratifikationsurkunde der europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten.

Diese Konvention wurde am 15. Dezember 1956 von den Ministern unterzeichnet. Norwegen ist das zweite Land, das sie ratifiziert hat; Irland ratifizierte sie im letzten Februar.

Die Konvention wird nach der Hinterlegung von 3 Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Eurovision

Vor kurzem ist ein Abkommen zwischen der Internationalen Schauspieler-Föderation, der Internationalen Musiker-Föderation, der Internationalen Variété-künstler-Föderation und der Europäischen Rundfunk-Union in Kraft getreten. Das Abkommen soll die Abfindungen der ausübenden Künstler und der bei der Durchführung von Fernsehprogrammen beschäftigten Sprecher, die in einem Honorarverhältnis stehen, regeln.

Das Abkommen, das weder den bilateralen Austausch von Fernsehprogrammen noch die fest angestellten Künstler berührt, soll den Austausch von Fernsehprogrammen in Europa sowohl hinsichtlich der Zahl als auch des künstlerischen Wertes fördern.

Gemäß der Entschliebung (54) 11 war der Generalsekretär des Europarats von dem Ministerkomitee beauftragt worden, sich um die Beseitigung der juristischen Schwierigkeiten bei dem Austausch von Fernsehprogrammen zu bemühen. Im November 1954 fand eine Tagung der Vertreter der zuständigen Fachkreise statt, um diese Frage unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des Europarates und des Berner Büros für den Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums zu prüfen.

VI. BEVÖLKERUNGS- UND FLÜCHTLINGSFRAGEN**Der Sonderbeauftragte**

Herr Pierre Schneider, der Sonderbeauftragte des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, reiste nach Washington, um mit hohen Beamten der Abteilung für europäische Angelegenheiten des State Department Fühlung aufzunehmen.

Herr Schneider teilte seinen amerikanischen Gesprächspartnern die vom Europarat erzielten Ergebnisse sowie die Ziele mit, die sich der Europarat auf dem Gebiet der nationalen Flüchtlinge und der Bevölkerungsüberschüsse gesteckt hat. Er wurde begleitet von Herrn Werner Middelman, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Wiederansiedlungsfonds.

VII. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Vom 11. bis zum 13. März tagte der Sonderausschuß zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen Nationen unter dem Vorsitz von Herrn Karl Wistrand (Schwede, Konserv. Partei) in München.

Der Ausschuß besuchte die Einrichtungen von Radio Free Europe und nahm Ausführungen über die Ziele und Tätigkeit dieser Rundfunkstation entgegen. Die Mitglieder des Ausschusses brachten ihre Anerkennung und Befriedigung über die von Radio Free Europe geleistete Arbeit zum Ausdruck, die darin besteht, den Völkern Osteuropas die Wahrheit über das große Weltgeschehen zugänglich zu machen. Der Ausschuß hofft, enge Beziehungen mit Radio Free Europe aufrecht erhalten zu können.

Der Ausschuß beriet außerdem die Lage in Ungarn und in den übrigen Ländern Zentral- und Osteuropas und brachte seine Anteilnahme an dem Schicksal des ehemaligen ungarischen Regierungschefs, Herrn Imre Nagy, und seines Verteidigungsministers, des Generals Maleter, zum Ausdruck. Der Vorsitzende, Herr Wistrand, richtete eine schriftliche Anfrage an das Ministerkomitee, um zu erfahren, welche Schritte bei der sowjetischen und ungarischen Regierung unternommen worden sind, um Auskünfte über den Aufenthalt dieser beiden Persönlichkeiten zu erhalten.

VIII. KOMMUNALE UND REGIONALE ANGELEGENHEITEN

Der Ausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten tagte am 8. und 9. März in Paris unter dem Vorsitz von Herrn J. J. R. Schmal (Holländer, Christl.-Hist. Partei).

Herr Natale Santero (Italiener, Christl.-Demokr. Partei) legte seinen Bericht über die Tätigkeit der Europäischen Konferenz der Gemeindebehörden vor (vgl. Mitteilungen des Europarats, 7. Jahrg., Nr. 2 — X) und betonte, daß der Ausschuß berechtigt sei, diese erste Konferenz als einen wirklichen Erfolg zu buchen. Der Berichterstatter erläuterte außerdem den Sinn des Entschließungsentwurfes, in dem sich die Versammlung verpflichtet, die Bemühungen der Konferenz zu unterstützen und den größten Gewinn aus ihrer Arbeit zu ziehen. Herr Santero legte ferner einen Vorentwurf einer Entschliebung über die nächste Tagung der Europäischen Konferenz der Gemeindebehörden sowie über die Bereitstellung der erforderlichen Kredite vor.

Anlaßlich seiner nächsten, am 5. und 6. April stattfindenden Tagung wird der Ausschuß von der Stadt Puteaux während der Feierlichkeiten zur Verleihung des Europapreises, der dieser Stadt sowie der Stadt

Offenbach für das Jahr 1956 zugesprochen worden ist, offiziell empfangen werden.

Am 25. April wird der Ausschuß von der Stadt Offenbach offiziell empfangen werden, der er den Europapreis feierlich überreichen wird.

IX. NATIONALE PARLAMENTE

Bonn: Sendungen in russischer Sprache

Herr Staatssekretär Hallstein teilte mit, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die deutschen Rundfunkgesellschaften ersuchen wird, in ihren Programmen Sendungen in russischer Sprache vorzusehen. Dieser Schritt entspricht der von der Versammlung angenommenen Empfehlung 116 (vgl. Mitteilungen des Europarats, 7. Jahrg., Nr. 2 — VIII), um den russisch-sprechenden Menschen objektive Informationen über die westliche Welt zu geben.

Stockholm: Sendungen in russischer Sprache

Im Verlaufe einer am 20. März im Riksdag stattgefundenen außenpolitischen Debatte fragte Herr Gérard de Geer (Liberale Partei) an, ob die Regierung beabsichtige, die Rundfunkgesellschaften zu ermutigen, Sendungen in russischer Sprache aufzunehmen.

Brüssel: Europäische Organisationen

In dem außenpolitischen Ausschuß des belgischen Senats wurde folgende Frage erörtert: „Glaubt der Herr Minister nicht, daß im Hinblick auf die wachsende Zahl von europäischen Organisationen und ihrer Tätigkeiten der Augenblick gekommen ist, einen Plan für die Neuverteilung der Zuständigkeiten und der Aufgaben aufzustellen? Bejahendenfalls, ist er nicht der Meinung, daß das Ministerkomitee des Europarats das geeignetste Organ für die Aufstellung dieses Plans ist?“

Herr Spaak erwiderte darauf: „Die Stunde für die Neugruppierung ist gekommen. Das Ministerkomitee des Europarats hat die in es gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Demgegenüber ist die Beratende Versammlung das Instrument, das am geeignetsten erscheint, das Zentrum für die Umgruppierung der verschiedenen Versammlungen zu bilden.“ (Auszug aus dem Bericht über den Haushalt des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten).

Wien: Konventionen des Europarats

Am 20. März haben die beiden Delegierten bei der Beratenden Versammlung, Herr Lujo Tončić (Volkspartei) und Herr Karl Czernetz (Sozialist), eine schriftliche Anfrage an die Regierung vorgelegt über den Beitritt Österreichs zu den im Rahmen des Europarats abgeschlossenen Konventionen. Die beiden Abgeordneten haben bei der Bundesregierung angefragt, ob sie beabsichtige, die für Österreich zur Unterzeichnung und Ratifizierung aller Konventionen des Europarats bestehenden Möglichkeiten zu prüfen und dem Parlament über die Ergebnisse dieser Untersuchungen zu berichten.

London: Empfehlungen der Versammlung

Am 11. und am 15. März fragten die Herren David Jones (Arbeiterpartei), John Hay (Konservativer) und

George Lawson (Arbeiterpartei) den Minister für Auswärtige Angelegenheiten nach den von der Regierung beabsichtigten Schritten bezüglich der von der Beratenden Versammlung angenommenen Empfehlungen 102 (Post und Fernmeldewesen), 124 (Konvention über die Auslieferung), 125 (Verantwortlichkeit der Hotelbesitzer), 115 (Massendeportationen aus Ungarn) sowie der Entschließung 117 (Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen). Bezüglich der Empfehlungen 102, 124 und 125 wurde mitgeteilt, daß sie z. Zt. bei den Stellvertretern der Minister zur Erörterung anstünden, hinsichtlich der Entschließung 117 und der Empfehlung 115 seien keine Schritte vorgesehen.

X. VERSCHIEDENES

Brüsseler Weltausstellung

Eine Sonderkommission aus Beauftragten der Stellvertreter der Minister und der Beratenden Versammlung tagte am 18. März in Paris, um die geplanten Maßnahmen für die Teilnahme des Europarats an der Brüsseler Weltausstellung 1958 zu besprechen. Der Europarat und die OEEC werden sich in einen ovalen, von dem Wiener Architekten Karl Schwanzner entworfenen Pavillon teilen.

Das Zentrum des Ausstellungsbeitrags des Rates wird eine Nachbildung des Straßburger Plenarsaals der Beratenden Versammlung, der Tagungsstätte der ersten europäischen Versammlungen, sein. In diesem Saal können Kongresse abgehalten werden, und mehrere europäische Organisationen haben schon darum gebeten, ihn benutzen zu dürfen. Eine Ausstellung von Dokumenten und Modellen wird die Geschichte der demokratischen Einrichtungen erläutern und die Erfolge des Europarats veranschaulichen.

Das gemeinsame Gebäude des Europarats und der OEEC wird auf der Esplanade entstehen, wo auch die Palais der Welt-Zusammenarbeit, der EGKS, der Benelux-Union und der Vereinten Nationen stehen werden.

Niederlande

Anstelle der Herren P. J. Kapteijn und H. A. Kort-hals wurden Herr H. Vos (Arbeiterpartei) und Frau J. M. Stoffels van Haften (Liberale Partei) zu Delegierten in der Beratenden Versammlung ernannt. Herr G. Vixseboxse wird durch Herrn W. F. Lichtenhauer (Christl.-Hist. Partei) als stellvertretender Delegierter ersetzt.

Schweden

Herr Gunnar Hedlund (Bauernunion), stellvertretendes Mitglied der Beratenden Versammlung, wird Delegierter anstelle des zum Landwirtschaftsminister ernannten Herrn Bernhard Näsgaard. Der neue stellvertretende Delegierte der Bauernunion ist Herr Torsten Andersson. Herr Gunnar Heckscher (Konservative Partei) wird Herrn James Dickson als stellvertretender Delegierter ersetzen.

Neue irische Regierung

Am 21. März wurde auf Grund der am 5. März stattgefundenen Wahlen Herr Eamon de Valera (Fianna Fail) zum Premierminister Irlands gewählt. Herr de Valera vertrat sein Land bei den Tagungen der Beratenden Versammlung in den Jahren 1949 und 1950.

Herr Frank Aiken wurde zum Außenminister, Herr Séan Moylan zum Landwirtschaftsminister und Herr Séan MacEntee zum Gesundheitsminister ernannt. Sie waren alle Mitglieder der Beratenden Versammlung.

Herr Séan MacBride ist nicht wiedergewählt worden.

FILDIR

Das Exekutivkomitee des Internationalen Freien Verbandes der Verschleppten und Internierten der Widerstandsbewegungen, in dem die Verschleppten von neun europäischen Staaten zusammengefaßt sind und dem der Europarat den beratenden Status gewährt hat, trat am 16. und 17. März unter dem Vorsitz von Herrn Piasenti (Italien) in Paris zusammen.

Nachdem das Komitee festgestellt hatte, daß die Mehrzahl der umstrittenen Fragen, die das Leben Westeuropas störten, glücklicherweise durch die betreffenden Regierungen gelöst zu sein scheinen, erinnerte es in aller Form daran, daß nunmehr nur noch ein einziges besonders schmerzliches Problem bestehe, das sich aus dem System der Nazi-Konzentrationslager und den Millionen seiner Opfer ergeben habe. Das Komitee schlug daher der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, einen finanziellen Beitrag zu leisten und an der Errichtung einer von der FILDIR vorgesehenen „Internationalen Verschleppten-Stiftung“ teilzunehmen, um die nicht-deutschen Verschleppten und ihre Angehörigen zu entschädigen und zu unterstützen. Ferner beschloß das Komitee, den von Professor Richet vorgetragenen Gedanken der Gründung eines internationalen Rings der Ärzte in Kriegszeiten zu befürworten.

Europäische Presse-Gruppe

Die Europäische Presse-Gruppe, die im vergangenen November ihre konstituierende Sitzung in London abgehalten hatte, trat am Freitag, dem 29. März, im Europahaus in Straßburg erneut zusammen. An dieser

von dem Chefredakteur der holländischen Zeitung „De Volkskrant“ (Amsterdam), Herrn J. M. Lucker, geleiteten Tagung nahmen Chefredakteure und andere Vertreter von 12 Zeitungen aus 10 europäischen Ländern teil. Die Gruppe prüfte die Sonderbeilage, welche die sieben Gründungsmitglieder der Gruppe der Unterzeichnung der Verträge von Rom gewidmet hatten, und erörterte die Möglichkeit der Veröffentlichung weiterer Sonderbeilagen. Sie untersuchte ferner verschiedene Pläne, die sie in der nächsten Zukunft durchzuführen gedenkt.

Karlspreis

Der Karlspreis wurde Herrn P.-H. Spaak in Würdigung „seines Kampfes für die europäische Einigung“, insbesondere für den Gemeinsamen Markt und Euratom, zuerkannt. Herr Spaak wird diesen Preis, der aus einer Medaille, einem Diplom und dem Geldbetrag von 5000 DM besteht, am 30. Mai entgegennehmen.

Der Karlspreis wird von dem Rat der Stadt Aachen jedes Jahr an eine Persönlichkeit verliehen, die sich mit ganz besonderem Nachdruck für die Einigung Europas eingesetzt hat. Im vergangenen Jahr war er Sir Winston Churchill zuerkannt worden.

Ehrenlegion

Der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, Herr Fernand Dehousse, wurde zum Kommandeur der Ehrenlegion befördert.

Herr van der Goes van Naters wurde zum Kommandeur der Ehrenlegion befördert.

Der stellvertretende Direktor der Beratenden Versammlung des Europarats, Herr Michel Huntzburger, wurde zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Der erste Sekretär und Leiter des Pariser Büros des Europarats, Herr Pierre Brault, wurde zum Offizier befördert.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

28. April:	Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten (Straßburg)	6.— 9. Mai:	Versammlung der Westeuropäischen Union (Straßburg)
29. April:	Präsidium der Versammlung (Straßburg)	7. Mai:	Gemischter Kulturausschuß (Straßburg)
29. April:	Gemischter Ausschuß (Straßburg)	13. Mai:	Außerordentliche Tagung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)
29. April bis 4. Mai:	Erster Teil der 9. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)	14.—17. Mai:	Ordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)